

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Aussträger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsengepaltene Zeile oder deren Raum 100 Pfg. — Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 165.

Montag, den 18. Juli 1921.

28. Jahrgang.

Französische Berichte statt Reichsgericht Die R. P. D. in Lübeck.

Bern, 18. Juli. (Drahtbericht.)

Das „Bernener Tageblatt“ meldet: Nach dem „Echo de Paris“ richtete Briand an die deutsche Regierung eine Note, worin er Mitteilung macht von der Weigerung der französischen Regierung, die Leipziger Reichsgerichtsentscheidungen anzuerkennen. Frankreich behalte sich vor, die Schuldigen vor seine eigene Justiz zu ziehen, insofern als es dasselbe für nötig halte.

Rücktrittsdrohung Dr. Wirths.

U. Paris, 18. Juli. Nach der „Chicago Tribune“ hat Reichsfinanzminister Dr. Wirth vor einigen Tagen dem englischen Botschafter in Berlin, Lord Aberdeen, erklärt, daß, wenn die Lösung der oberschlesischen Frage nicht günstig für Deutschland ausfällt und wenn die Sanktionen im Rheinlande beibehalten würden, er die Lage für zu schwer ansehe, um an der Spitze der deutschen Regierung zu bleiben.

Auflösung des polnischen Hauptquartiers.

U. Schoppinik, 18. Juli. Die polnischen Flaggen sind hier eingezogen worden. Es weht nur noch eine von dem Gebäude des polnischen Quartiers. Dieses soll in den nächsten Tagen aufgelöst werden, da die Mitglieder der Kommandantur verhaftet sind. Im Hause soll sich nur noch der ehemalige Ortskommandant befinden.

Polen gegen die paritätischen Gemeindevorstände.

Lauscha, 18. Juli. Die deutschgesinnte Bevölkerung versucht, die von der internationalen Kommission angeordneten paritätischen Gemeindevorstände so schnell wie möglich einzuzuziehen. Die Vertreter der Polen wenden sich aber dagegen. Der sogenannte Ortsdienst wird lediglich von polnischen Apotheekern und polnischer Bürgerwehr versehen.

Oberschlesien-Entscheidung erst im September!

Paris, 15. Juli. Briand verständigte heute die britische Regierung, daß er mit ihr wegen der Entscheidung einer Kommission von Diplomaten, Sachverständigen, Ingenieuren usw. nach Oberschlesien einig sei, die an Ort und Stelle die Folgen einer Teilung des Abstimmungsgebietes prüfen soll. Wie erinnerlich, hatten Lord Curzon und Briand in ihren Besprechungen vom 18. und 19. Juni beschlossen, die Zeit in Doppelstufen aufzufordern, abermals zu versuchen, einen Teilungsvorschlag zu unterbreiten, da ihr anderenfalls Sachverständige beigegeben werden würden, um ihr ihre Aufgabe zu erleichtern. Man geht nun zu letzterem Vorgehen über. Da man der neuen Kommission die nötige Zeit lassen muß, sich über die wirtschaftliche Lage, die aus der Teilung entstehen würde, und deren Entwürfe sie dem Obersten Rat unterbreiten wird, zu unterrichten, so scheint es, daß die alliierten Regierungschefs über die oberschlesische Frage in zweckdienlicher Weise nicht vor dem September beraten können.

Auch Berlin im „Echo de Paris“ kündigt die Verhinderung auf den Herbst entgegen der britischen Forderung nach baldiger, freilich wohlwogener Entscheidung an. Er läßt die Hoffnung erkennen, daß im Herbst England sich schon garnicht mehr um europäische Fragen kümmern werde. Auch die Frage der Sanktionen soll nach der französischen Ansicht auf den Herbst vertagt werden.

Dagegen fordert „Daily Telegraph“ baldige Entscheidung, da jetzt auch infolge der Entzweiung die politischen Leiden in Oberschlesien etwas gedämpft seien.

Wandel in der französischen Politik.

U. Paris, 18. Juli. Der „Figaro“ bezeichnet die vorläufigen in London übergebene Note als Markstein einer völligen Neuorientierung der französischen Politik.

Wartet England fest?

U. Paris, 18. Juli. Aus dem Bericht Briands, die Entscheidung über Oberschlesien hat unbestimmte Zeit hinausgeschoben, läßt sich folgern, daß die Informationen, die er über die Haltung Englands erhielt, für die von Frankreich angebotene vollenfreundliche Lösung wenig günstig sein müßte.

Kreditverhandlungen mit Amerika.

Paris, 16. Juli.

„Chicago Tribune“ erzählt aus New Yorker finanziellen Kreisen, daß Deutschland mit den Vereinigten Staaten über einen Kredit von 75 bis 100 Millionen Dollar unterhandelt, der zur Zahlung der Reparation und zum Ankauf von Baumwolle, Getreide und Kupfer verwendet werden soll. Der Kredit hat die Form einer kombinierten Anleihe von 59 Millionen und einiger kleineren Anleihen für den Rest. Nach der gleichen Quelle wird die nächste Reparationsrate in Dollar gezahlt werden. Der größte Teil dieser Anleihe dürfte die Vereinigten Staaten nicht verlassen, da die Absicht besteht, sie zur Zahlung der Schuld der Verbündeten zu verwenden. Der Kredit wird durch Silber- und Währungsdepots garantiert werden. Die formelle Bekanntgabe der Kredite wird bald erwartet.

4 Jahre Gefängnis für Boldt und Dittmar.

Leipzig, 16. Juli. („Vorwärts“.)

Im Kriegsprüfungsurteil verurteilte das Reichsgericht beide Angeklagte wegen Beihilfe zum Totschlag zu je vier Jahren Gefängnis, dem aktiven Oberleutnant H. S. Dittmar außerdem zur Dienstentlassung.

London, 15. Juli. (Reuters.) Die britische Regierung hält es nicht für notwendig, in Verbindung mit dem Gerichtsverfahren gegen die deutschen Kriegsschuldigen einen neuen Schritt zu unternehmen. Die Berichte der ritterlichen Beamten der Krone über die bereits behandelten Fälle sind noch nicht eingetroffen, und da noch nicht sämtliche britischen Fälle abgeschlossen sind, ist ein vollständiger Bericht im Augenblick unmöglich. Die Fälle können nicht einzeln erwogen werden, sondern müssen als Ganzes behandelt werden. Die Prozesse werden jedoch aufmerksam verfolgt, als Prüfstein für den guten Willen Deutschlands, die von ihm übernommenen Verpflichtungen auszuführen.

Aus Gründen, die wir hier nicht näher untersuchen wollen, wurde das Gutachten des Korvettenkapitän Salmwächter in dem Prozeß vor dem Leipziger Reichsgericht gegen die beiden U-Boot-Offiziere Dittmar und Boldt wegen Verletzung des Lazarettsschiffes „Lantern“ nicht in allen seinen Teilen durch W.B. vorbereitet. Einige besonders interessante Stellen, die uns drahtlich aus Leipzig übermittelt wurden, seien hier nachgetragen:

Der Sachverständige, Korvettenkapitän Salmwächter, betont in seinem Gutachten, während des Krieges habe die Presse aller kriegsführenden Staaten die Ereignisse weit übertrieben, wodurch die Truppen beider Parteien stark verheert worden seien. Hieraus erklärt sich das Mißtrauen deutscher U-Bootfahrer gegen jedes Schiff. Die Torpedierung der „Lantern“ sei in dem Gebiet erfolgt, wo Lazarettsschiffe nicht verkehren dürfen; dies mußte dem Kommandanten und den Offizieren bekannt sein, so daß die Verletzung im Widerspruch mit den entsprechenden Dienstbestimmungen erfolgt sei. Da die Angeklagten die Rettungsboote der Schiffbrüchigen beschossen hätten, wolle er, der Sachverständige, weder bejahen noch verneinen. Die Möglichkeit, daß die Angeklagten die Rettungsboote versenkt hätten, sei nach der Sachlage jedoch nicht ausgeschlossen.

Auf die Frage des Präsidenten, wie sich der Sachverständige die Auslagenverweigerung erkläre, antwortete Salmwächter, in Offizierskreisen sei viel über diese Prozesse gesprochen worden; die allgemeine Auffassung der Offiziere sei die, daß diese Prozesse eine Deutschland weite aufgezwungene Maßnahme seien, zu deren Erfüllung die Offiziere ihre Hand nicht bieten dürften.

Nach dieser Aussage des Sachverständigen muß man die Frage erheben, ob es überhaupt noch zweckmäßig erscheint, in den Leipziger Prozessen Offiziere als Zeugen zu vernehmen. Die Meinung des Sachverständigen ergibt jedenfalls ein Bild, das die Glaubwürdigkeit dieser Zeugenaussagen wesentlich erschüttert.

Verurteilung deutscher Offiziere in Frankreich.

Paris, 16. Juli. Das Kriegsgericht von Lille hat mehrere deutsche Offiziere in Abwesenheit verurteilt. Oberst von Stoltz und Hauptmann Huier, ersterer wegen angeblichen Diebstahls von Summen, letzterer wegen angeblichen Diebstahls antiker Möbel, wurden zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. 4 Unteroffiziere wurden zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Dr. L. Lübeck, 18. Juli.

In der Sonnabendnummer konnten wir uns nur kurz mit dem letzten kommunistischen Flugblatt und seinen grotesken Behauptungen beschäftigen. Aber es ist, gerade in den gegenwärtigen Tagen, wo die proletarischen Einheitsbestrebungen die ersten Ansätze von Erfolgen zeigen, ein so berechtetes Zeichen kommunistischer Klugheit und Mute, daß eine ausführliche Würdigung unumgänglich nötig ist.

Bekanntlich macht die R. P. D. eine innere Krise schwerster Art durch. Die mitteldeutsche Aufstandsbewegung, eine der verbreitetsten Taten, mit denen sie eine politische Partei ihre Fahne besudelte, ist so entsetzlich zusammengebrochen, daß sich die Arbeitermassen schaudernd von der Partei abwenden. Darüber sind sich nun die Führer in die Haare geraten, Spaltungen und Hinwürfe erschüttern fortwährend den an sich schon etwas windigen Aufbau der Partei.

Dazu kam in der letzten Woche noch ein anderes. Die russischen, d. h. die echten Kommunisten, sind an ihren kommunistischen Grundsätzen und an der Weltrevolution verzweifelt. Sie sehen keinen Ausweg mehr aus dem ungeheuren Elend ihres Landes, und sie spähen mit besorgten Mienen nach dem umliegenden Land der „kapitalistischen“ Völker; nur dort hoffen sie noch Hilfe und Rettung.

Um diese zu erlangen, bieten sie jedem, aber auch jedem Gegendienst an. Ihre Grundsätze wollen sie verleugnen, die russischen Wälder verschächern, ihre Bergwerke verlassen und ihre Fabriken den früheren Besitzern zurückgeben oder meistbietend versteigern; das allerhöchste aber ist, daß sie dem vielgeschmähten jüdischen Finanzkapital eine Reihe von Sicherheiten und Vorteilen bieten, um es wieder ans Tageslicht und ins Land zu locken.

Nur in einem Punkte sind die Moskauer Machthaber standhaft geblieben: sie machen nach wie vor Anspruch darauf, über die übrigen kommunistischen Parteien, besonders über die deutsche, diktatorische Gewalt auszuüben. Und sie können diesen Anspruch auch machen, denn mit russischem Staatsgeld werden alle Moskauerpropheten der Welt alimentiert. Was Brot ich esse, des Lied ich sing!

Diese allseitigen kritischen Verhältnisse machen der R. P. D. schwere Sorgen. Der Mitgliederchwund reiht bedenkliche Lücken in die Kasse; und wie lange das russische Gold noch tröpfelt, weiß man auch nicht. Verschiedene Sanktionen sollen bedenklich erschöpft sein.

Und zu all dem Elend kommt jetzt noch die gewaltige Welle der Einheitsbestrebungen, die in allen deutschen Gegenden die Arbeitermassen durchflutet. Keinen Augenblick waren sich die Hüter des heiligen Moskauer Feuers darüber im Zweifel, daß sie gerade ihre wertvollsten Mitglieder an die proletarische Einheitsfront verlieren würden. Sie wissen ganz genau, daß die beginnende Einigung der sozialistischen Parteien große Arbeiterschichten in die alte Kampflinie zurückholen würde, und daß die R. P. D. dann nur noch ein Uhl für Sektierer und haltlos schwankende, ewig unzuverlässige Gestalten bliebe.

Kann man es unter diesen Umständen nicht verstehen, daß die auf Moskau vereidigten und von Moskau lebenden R. P. D.-Führer alles aufbieten, um Haß und Zwietracht zwischen die Arbeiter zu säen, um jede vernünftige Uebereinkunft im Keime zu ersticken und dadurch der sozialistischen Einigung Schläge in die Arme zu versetzen?

Wer das versteht, der wird sich auch bald über Zweck und Inhalt des kommunistischen Flugblatts vom Sonnabend klar. Der Volksbote war am Mittwoch mit einem längeren Artikel warm für sozialistische Zusammenarbeit eingetreten, an Stelle des Bruderkampfs forderte er den Klassenkampf. Diese Ausführungen fanden in weitesten Arbeiterkreisen großen Anklang, und um ihre Wirkung abzuschwächen verfaßte eine mehr oder weniger helle kommunistische Leuchte das schon genannte Flugblatt, das dem Volksboten sowohl Dummheit als Frechheit vorwirft.

Den Vorwurf der Dummheit müssen wir schon hinnehmen, denn bekanntlich ist Dummheit ein relativer Be-

griff, und an der überragenden geistigen Bedeutung des Flugblattverfassers gemessen, ist aller nichttrübsalige Verstand nur etwas Zwerghaftes. Auch über den Vorwurf der Treue heit setzen wir uns mit einem Parteisekretär Miller nicht gern auseinander.

Nur wenige harmlose Fragen zu einigen Bemerkungen des Flugblattes möchten wir uns erlauben. Seit wann sieht die R. P. D. denn das schwarz-rot-goldene Banner, daß sie sich darüber aufregt, daß sozialdemokratische Senatoren schwarz-weiß-rot vorgezogen haben sollen? Bisher dachten wir, es wären einem echten Moskauer beide Flagen gleich verhasst. Und seit wann verlangt ein Revolutionär Gnade, nachdem ihm sein Anschlag mißglückt ist? Söhne Revolutionäre, die Kommunisten; erst zerschlagen sie mit gewaltiger Geste sengend und brennend durchs Land, und nachher misst sie um Gnade! Uebrigens sind es weder Hering noch Koste, die Holz und seinen Anhang bestraft haben; und außerdem sind diese Leute in unsern Augen keine Revolutionäre, sondern einfach Nordbrenner aus Verbrennung und Unbesonnenheit.

Aber alles das sind Kleinigkeiten im Vergleich zu dem kommunistischen Herzeleid mit den Anschuldigungen gegen den sozialdemokratischen Betriebsrat-Obmann Delfs.

Auf die Angaben eines Polizeiwachtmeisters (man denkt: Polizeiwachtmeister als kommunistischer Gewährsmann) hin, trommelt mit ungeheurem Eifer das kommunistische Flugblatt folgende Behauptung in die Luft: Der Betriebsrat-Obmann Delfs des Hochofenwerks soll die drei Kommunisten Markmann, Hedderich und Schmidt als Flugblattverbreiter denunziert und damit ihre Verurteilung verschuldet haben. Allerdings haben die Direktion und Delfs selbst gebeten, daß der Name Delfs unter keinen Umständen genannt werde.

Diese Anschuldigungen, die die R. P. D. unter Beweis stellen wollte, erschienen uns so ungeheuerlich, daß wir einige Nachforschungen anstellten, um ihrem Inhalt auf den Grund zu kommen. Wie wir schon am Sonnabend mitteilen konnten, hat sich dabei ergeben, daß die Behauptungen des Flugblattes völlig aus der Luft gegriffen sind.

Der Polizeiwachtmeister, der die Untersuchung gegen die drei Kommunisten geführt hat, erklärte uns, daß er den Betriebsobmann Delfs überhaupt nicht kenne, von ihm also auch nicht informiert sein könne.

Der Betriebsrat des Hochofenwerks hat sich ebenfalls eingehend mit den Anschuldigungen gegen Delfs beschäftigt; das Ergebnis seiner Untersuchung stellte er uns in folgender Erklärung zur Verfügung:

Zur Aufklärung!

In der heutigen Betriebsratsitzung ist Aufklärung über den in der Hamburger Volkszeitung erschienenen Artikel gegen den Obmann Delfs geschaffen worden. Es wurde festgestellt, daß die seinerzeitige Anzeige wegen Verbreitung des kommunistischen Flugblattes, die zur Verurteilung der Verteiler geführt hat, weder direkt noch indirekt vom Obmann Delfs erfolgt ist. Obmann Delfs ist lediglich und wie nachträglich festgestellt wurde, fälschlicherweise und ohne sein Wissen, als Zeuge angegeben worden.

Im Anschluß an die Feststellung wird Obmann Delfs gegen diejenigen gerichtlich vorgehen, die ihn als Denunzianten bezichtigt haben.

Hertenberg, den 15. Juli 1921.

Betriebsrat Hochofenwerk Lübeck U.-G.

C. Schwarf. Tuschow. Breede. Gieswald. Blunk. Bahrdt. Kopplin. Kugel.

Wir denken, das wird für heute genügen. Vielleicht dümmert nach und nach der geistigen „Größe“ der R. P. D. ein Licht auf, daß Lübeck nicht Moskau ist, und daß deshalb auch kommunistische Behauptungen erst bewiesen werden müssen, bevor sie gelten.

Zum Schluß möchten wir, wie schon so oft, unser Bedauern darüber aussprechen, daß wir immer wieder gezwungen werden, Abwehrstellung gegen Links einzunehmen, anstatt unsere ganze Kraft in den Dienst des Kampfes gegen rechts zu stellen. Wir sind absolut davon überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo die gesamte Arbeiterschaft den ewigen Bruderkampf verdammen und verbannen wird; und wir haben nur den einen Wunsch, daß diese Einsicht bald kommen möge.

Der griechisch-türkische Krieg.

Paris, 18. Juli. Die Nachrichten über den griechisch-türkischen Krieg laufen fortgesetzt widersprechend. „Chicago Tribune“ meldet, daß die Griechen Kutahia von drei Seiten angriffen. Eine Havasmeldung aus Konstantinopel besagt dagegen, daß die Mitteilung des griechischen Berichtes über ein Vordringen an verschiedenen Punkten deshalb nichts bedeute, weil die Türken schon weit über diese Punkte hinausgegangen seien, somit also die in dem griechischen Bericht erwähnten Tatsachen frei erfinden oder, wenn sie wahr seien, die Griechen nur an einigen Punkten vordringen, ohne eine bestimmte Vorrücklinie einzunehmen.

Einer Note aus Ankara zufolge werden die Türken eine offene Feldschlacht bis zu dem Augenblick vermeiden, wo sie die Grundzüge der griechischen Operation erkannt haben. Erste Kämpfe fanden bis jetzt nicht statt.

König Konstantin verließ seine Residenz in Corbelio und reiste gestern an die Front ab.

Großer Ausstand im Lodzer Industriegebiet.

Warschau, 15. Juli. Im Lodzer Industriegebiet hat der Ausstand ausgedehnt. Etwa 100 000 Arbeiter haben teilgenommen. Die sorgfältige Vorbereitung beweist der Umstand, daß sich auch die kleinsten Betriebe der Baumwollindustrie mit nur ganz wenigen Angehörigen angeschlossen haben. Die For-

derungen sind wirklichlicher Natur, aber unter starkem kommunistischen Einfluß sofort auf politisches Gebiet übergegangen. Die Arbeiter verlangen 10. Proz. Lohnzulage. Die bereits nicht mehr konkurranzfähige Lodzer Industrie behauptet zwar, daß die Bewilligung dieser Forderungen der Arbeiter ihr Ende bedeuten würde, will aber doch über die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter in Verhandlungen eintreten. Büllig ablehnend verhalten sich die Arbeitgeber zu der politischen Forderung, in den Fabriken Betriebsräte einzuführen. Gerade auf diese Forderung legen die Arbeiter besonderen Wert. Der gleichzeitig ausgebrochene Verkehrsstreik dauert an.

Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ kam es in Lodz zu Unruhen. Streikende Demonstranten gerieten in einen Konflikt mit berittener und Fußpolizei, die von dem Waffengebrauch machten und mehrere Verhaftungen vornahmen.

Neue Schwierigkeiten in der irischen Frage.

L. London, 18. Juli. Die Haltung der Valera's in der Konferenz am Dienstag scheint nunmehr festzustehen. Gestern sind alle Mitglieder aus Ulster in London angekommen. Es werden keine Drahtverhandlungen zwischen Ulster, Valera und Sinnfeinern stattfinden. Die Valera besteht darauf, daß die Regelung zuerst vom Sinnfeinparlament ratifiziert werden soll.

Aufhebung des dänischen Getreideausfuhrverbotes am 1. Dezember?

Kopenhagen, 18. Juli. Das Ausfuhrverbot für Getreide wird wahrscheinlich am 1. Dezember ds. Js. aufgehoben werden.

Gäbelrasselei.

st. Der vor wenigen Tagen in Leipzig freigesprochene General Stenger, augenblicklich in Dognhausen i. W., benutzte nach einem Berliner Blatt den Taumel „nationalistisch angehauchter Leute, die ihm am Sonntag vor seinem Hause Subjungen darbrachten, zu einer Rechtfertigung seines Freispruchs. Unter anderem verwies er auch auf die vor aller Welt gerechtfertigte Soldatenehre und auf seine Schlusssprüche vor dem Leipziger Reichsgericht: „Ehre und ewiges Gedächtnis den braven Soldaten von 1914“. Mit einem Hoch auf das Vaterland und mit „Deutschland, Deutschland über alles“ schloß die „eindrucksvolle Kundgebung“.

So sehr wir das öffentliche Auftreten des Generals Stenger nach der Urteilsverkündung in Leipzig verstehen können, so notwendig erscheint es uns, doch darauf hinzuweisen, daß Kundgebungen obiger Art unter den augenblicklichen Umständen das gespannte Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland nur noch weiter zuspitzen können. Wir glauben, daß uns ehemalige Militärs genug Schaden zugefügt haben, für den die Allgemeinheit heute büßen muß. Es wäre deshalb angebracht, wenn jene Herren, denen wir zu einem großen Teil das heutige Elend verdanken, aus der Vergangenheit die notwendigen Lehren ziehen oder wenn sie das nicht vermögen, wenigstens die notwendige Zurückhaltung üben, wie es dem Interesse des deutschen Volkes entspricht.

Der Geist von Potsdam.

Gestern nachmittag ging ein Reichwehrosoldat in Begleitung einer jungen Dame über die Lange Brücke in Potsdam. Plötzlich sprang ein Feldwebel auf ihn zu und brüllte ihm im alten preussischen Kommandoton an, weshalb er ihn nicht grüße. Als der Soldat beteuerte, ihn nicht grüßen zu haben, wurde er mit den Worten „Halten Sie Ihre Schnauze, jetzt beginnt bald unsere Zeit“, „Gemeiner Hund“ usw. traktiert. Die vielen Passanten nahmen für den Soldaten Partei und plötzlich kürzte die Menge auf den Feldwebel zu, und nahm gegen ihn eine bedrohliche Haltung ein. Die Menge wich nicht eher, bis der Name des Feldwebels festgestellt werden konnte. Es ist derselbe Feldwebel Mewes der 1. Kompanie des Infanterieregiments 9, der beim Kapp-Putsch als erster mit erhobener Fahne als Unteroffizier durch die Straßen Potsdams und später dafür befohrt wurde!

Bezeichnend für den Potsdamer Geist ist auch folgende Mitteilung: Das Amtsgericht Potsdam, Abteilung 4, läßt die vom Gerichtsschreiber, Referendar Wittig, mit Schreibmaschine ausgearbeiteten Urteile mit dem Kopf „Im Namen des Königs“ herausgehen. Diese Gerichtsschreiber befindet sich in demselben Gebäude, in dem die Werbezentrale Dittmann längere Zeit ungehindert ihre Werbetätigkeit ausüben durfte.

Französische Forderungen.

Gegen den oberchlesischen Selbstschutz.

Verhängnis der Entscheidung.

Paris, 16. Juli. Das französische Ministerium des Äußeren veröffentlicht folgende Note: Nachdem die englische Regierung einerseits festgestellt hat, daß die F.A.K. in Oberchlesien das Selbstschuttsgebiet sowohl von den polnischen als von den deutschen Bänden hat räumen lassen und die Verwaltung des ganzen Selbstschuttsgebietes wieder übernommen hat, und nachdem die englische Regierung andererseits festgestellt hat, daß der französische, der englische und der italienische Kommissar die Unmöglichkeit eingesehen haben, einen gemeinsamen Vorschlag für drei Regierungen zu unterbreiten und die Lösung der oberchlesischen Frage diesen drei Regierungen vorzubehalten, hat die englische Regierung dem Vorschlag zugestimmt, eine Sachverständigenkommission möge sich Anfang nächster Woche in Paris versammeln. Diese technische Kommission soll innerhalb weniger Tage ihren Bericht vorlegen, damit der Oberste Rat, der sich gegen den 24. Juli versammelt wird, noch vor August eine Entscheidung treffen könne, da sich der englische Ministerpräsident in diesem Monat im Canada zur notwendigen Erholung aufhalten müsse. Die französische Regierung hat dem sofortigen Zusammentritt dieser Sachverständigenkommission zugestimmt, um das oberchlesische Problem nach allen Richtungen hin beraten zu können und dem Obersten Rat einen gemeinsamen Vorschlag zu unterbreiten, der die Entscheidung der drei Regierungen erleichtern könnte, oder einen eingehenden Bericht auszuarbeiten, der geeignet wäre, die Beratungen der Regierungsvereiter vorzubereiten.

Ferner hat die französische Regierung in London und Rom die vollständigen Forderungen der Deutschen in Oberchlesien zur Kenntnis gebracht, die diese an den Toren des Selbstschutts-

gebietes vornehmen und die für die Entscheidung der alliierten Regierungen eine Drohung bedeuten würde, gegen die die F.A.K. und die geringen Selbstschuttsgruppen ohnmächtig wären. In dem oberchlesischen Selbstschuttsgebiet wurden verschiedentlich mehrere Attentate gegen die Truppen und die Befehlshaber der alliierten Armeen verübt, besonders gegen die Franzosen. So wurde am 4. Juli in Beuthen Major Montalegre ermordet, am 8. Juli ein französischer Kontrollleur in seinem Hotel in Ratibor angegriffen, am 12. Juli auf das Haus des Hauptmanns Luz ein Angriff unternommen, Duvaux durch einen Dolchstoß verletzt, der französische Untersuchungsrichter Schaebelein in Mähland und Beraubt ohne daß die Polizei eingriff. Die Häufung solcher Attentate, die auf die Mitglieder der deutschen Freiwilligenkorps zurückzuführen sind, ist bezeichnend. Andererseits wurden die Selbstschuttsorganisationen nicht entwaffnet und nur zum Schein beurlaubt. Die Kontroll-offiziere erhielten nur 250 Gewehre und ein Maschinengewehr, welche außer Dienst gestellt sind. Von den 40 000 Mann der Höfzer-Armee sind 10 000 im Lande geblieben, weitere 10 000 Mann in Gruppen auf verschiedenen Plätzen verteilt. Etwa 20 000 Mann wurden in Mittel- oder Niederschlesien untergebracht oder haben Urlaub erhalten oder wurden wie Studenten, die man in jedem Augenblick zurückrufen kann, nach Hause geschickt. So stehen also die Deutschen im Selbstschuttsgebiet oder an seinen Toren, und von General Höfzer werden fast ungläubliche Neuverungen, die er im Kreise seiner Offiziere abgab, berichtet, die seinen Entschluß bekräftigen, in Oberschlesien bei der ersten Gelegenheit mit den Waffen zu intervenieren, und sich auf jeden Fall einer Entscheidung der Mächte, die Deutschland nicht volle Genugtuung gibt, zu widersetzen. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß es unmöglich sei, den Obersten Rat nach einem nur wenigen Tage dauernden Studium der oberchlesischen Angelegenheit durch die Sachverständigen zu verlammen, um eine improvisierte Entscheidung in einer so wichtigen Angelegenheit zu treffen, bei der man unter den Drohungen Deutschlands beraten müsse, die ohne Zweifel einen polnischen Angriff hervorgerufen würden, wodurch die Alliierten wiederum in einen Krieg hineingetrieben würden.

Die Alliierten seien nach den letzten Abmachungen der Aufassung, da es unmöglich sei, an die Prüfung der endgültigen praktischen Lösung der Frage heranzutreten, solange die F.A.K. ihre Auktorität über das Selbstschuttsgebiet nicht wiederhergestellt habe, frei von deutschen und polnischen Bänden und den Drohungen, denen sie sich gegenübersehen und die die Durchführung der Entscheidung dieser Kommission und die Entscheidung der drei Mächte jeden Augenblick Gefahren auslösen und einen Mißerfolg erleiden. Auch die Anwendung des Versailler Vertrages werde durch Gewalt verhindert. Die letzten der F.A.K. und den alliierten Regierungen zugegangenen Nachrichten beweisen, daß die Lage in Oberschlesien nach wie vor prekär bleibe, und daß sie nicht zugebe, daß man sich blindlings in ein Abenteuer stürze, indem man eine Entscheidung treffe, die den alliierten Truppen keine Achtung verschaffen könne.

Der französische Ministerpräsident hat auch diesen Standpunkt in Rom und London klargelegt, wobei er vorschlug, daß die Alliierten vor der Zusammenkunft des Obersten Rates die notwendigen Verstärkungen nach Oberschlesien entsenden, um die notwendige Sicherheit herzustellen, die dem Friedensverträge Geltung verschaffen könne. Die französische Regierung hat in dieser Hinsicht bereits ihre Dispositionen getroffen.

Gleichzeitig wurde der französische Botschafter in Berlin, Laurent, beauftragt, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Vorgänge in Oberschlesien und auf die Vorbereitungen der Armeen des Generals Höfzer zu lenken, der nicht anders zu erklären, er werde zu den Waffen greifen, falls die Alliierten deutschen „Ansprüche“ nicht festzulegen würden. Laurent wird nochmals die schwere Verantwortung betonen, die die deutsche Regierung auf sich nimmt, wenn sie die Rekristierung, Bewaffnung, Zusammenziehung und Ausbildung der Höfzer'schen Bände zuläßt, die mit den vorzüglichsten Waffen der Neuzeit und sonstiger militärischer Ausrüstung versehen seien. Der Schritt Laurents sollte jedenfalls durch einen ähnlichen Schritt des englischen und italienischen Botschafters unterstützt werden, um ihm mehr Nachdruck zu verleihen, und die deutsche Regierung sollte Dispositionen treffen, die rasche Entsendung allierter Verstärkungen nach Oberschlesien zu ermöglichen.

Der französische Botschafter bei Rosen.

Der angekündigte Schritt des französischen Botschafters wurde, wie das W.Z. in später Stunde meldet, gestern nachmittag unternommen. Minister Rosen empfing den Besuch Herrn Laurents, der die in der Note enthaltenen Mitteilungen machte.

Im Anschluß an diese Eröffnungen stellte der französische Botschafter an die deutsche Regierung folgende Forderungen:

- 1. Es wird von Deutschland jede notwendige Maßregel verlangt, um die Selbstschutz- und Freiwilligenorganisationen zu entwaffnen, aufzulösen und von der Grenze Oberschlesiens zu entfernen.
- 2. Deutschland wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte und die Ausführung des Friedensvertrages in Oberschlesien keinen Widerstand finden.
- 3. Deutschland hat alle Maßnahmen zu treffen für die schnelle Herbeischaffung von Verstärkungen, welche ebenfalls nach Oberschlesien geschickt werden sollen.

Der Außenminister hat bei der Entgegennahme dieses Schrittes des französischen Botschafters sofort mit großem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß schon seit Wochen — und namentlich seit der sogenannten Säuberungsaktion — ähnliche und noch viel härtere Klagen täglich und stündlich von deutscher Seite aus Oberschlesien erhoben werden. Dr. Rosen hat den französischen Botschafter daran erinnert, daß er schon vor Beginn der Säuberungsaktion den Zweifel des deutschen Kabinetts an ihrer Wirklichkeit und Zweckmäßigkeit zum Ausdruck gebracht und dessen Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß die polnischen Insurgenten nur äußerlich entwaffnet, in Wirklichkeit aber im Lande verbleiben und dort ihre terroristische Tätigkeit weiter ausüben würden.

Am 7. Juni hat der Außenminister ferner dem französischen Botschafter durch einen katonischer Grobkundstrelischen Mitteilungen machen lassen, aus denen die Richtigkeit dieser Voraussetzungen bestätigt wurde. Diese Mitteilungen des katonischer Augenzeugen, von denen die französische Regierung Kenntnis hat, enthielten tatsächliche Angaben darüber, daß nur die regulären polnischen und ein Teil der Hallersoldaten über die Grenze abtransportiert seien, um fernwärts weiter ausgebildet und zu Stammformationen für den vierten polnischen Aufstand zusammengeführt zu werden, daß die Waffen nicht abgeliefert, sondern versteckt und, um Beschuldigungen durch Masse zu verhüten, zum Teil in eigens dazu hergestellten Anstalten vergraben seien, daß Plünderungen und Verfechtungen nach wie vor stattfinden und daß die Organisation der Insurgenten noch bestehen geblieben sei. Durch die Anklage, die sogar Herrn Konstantin den Verbleib in Oberschlesien ermöglichte, sei hierzu jede gewünschte Erleichterung geboten.

Nach diesen vorläufigen Erwägungen behielt sich der Außenminister die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung auf Grund eingehender Prüfung aller in der Eröffnung des französischen Botschafters enthaltenen Punkte vor.

3000 Sowjetrubel = 6 Mark!

Manchmal kommt die Wahrheit auf dem sonderbarsten Weg zur Kenntnis der Welt. Was ist den deutschen Arbeitern nicht alles vorgeplaudert worden über das Moskauer Paradies? In Aufsätzen und Broschüren, in Reden und Vorträgen wurde geschwärmt von dem vorbildlichen Kommunismus, der in Sowjet-Rußland herrschen soll. Inzwischen sind diese Agitationslegenden einmal über das andere mal widerlegt und als Schwindel entlarvt worden. Die letzten Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik Rußlands haben gezeigt, wie weit dieses von Natur überreich ausgestattete Gebiet zerrüttet ist, so daß man heute den Kapitalismus des Auslandes zu Hilfe rufen muß, um den völligen Einsturz zu vermeiden.

Sieht denen und erklären unsere Moskauer-Apostel diese Tatsachen auf eine Weise, die ihre Anhänger über die Katastrophe weiter unklar lassen soll. Mit den dicksten Schönfärbereien halten sie wohl zurück, weil damit bei keinem denkenden Arbeiter mehr etwas zu erreichen ist. Doch die Wahrheit ungeschönt zu sagen, hüten sie sich nach wie vor. Es wird den Gläubigen eine Zukunftsmußigkeit vorgebläht, denn von der Gegenwart müßte in den trübsten Tönen geredet werden. Diese Gegenwart wird hingestellt als ein notwendiger Durchgang, der bald wieder hinter Sowjet-Rußland liegen würde.

Wie nun diese Gegenwart ausbleibt, enthüllt sich erschreckend aus einer Anzeige, die wir dem „Bärenblatt für den Deutschen Buchhandel“ entnehmen. In der Nummer vom 13. Juli kündigt die russische Buchhandlung Heinrich Sachs, Berlin SW. 48, die Nummer 6 der Zeitschrift „Das Russische Buch“ an. Nach der Inhaltsangabe heißt es wörtlich:

Preis: 3000 Sowjetrubel, in Deutschland 6 Mk., im valuta-starken Ausland 12 Mk., in Amerika 35 Cent.

Wir haben wahrhaftig keinen Grund, auf unseren Geldwert recht stolz zu sein. Die Mark ist heute nur noch ein Schatten ihres einstigen Wertes, doch welche Kaufkraft erwidert sie immer noch, gemessen über den Rubel von Moskau! 500 Sowjetrubel sind notwendig, um den Wert einer deutschen Papiermark zu be- decken, und 8700 solche Rubel bedeuten erst einen amerikanischen Dollar. Im Jahre 1914 wurde der Rubel mit 2,35 Mk., der amerikanische Dollar mit 4,20 Mk. berechnet. Die Währungen standen also etwa wie 1 zu 1,9. Heute stehen sie wie 1 zu 8700, ein Abstand, an dem mit Händen zu fassen ist, wie herrlich weit die Verachtung wirtschaftlicher Gesetze das von Natur aus unermäßig reiche Rußland gebracht hat. Der Geldlohn eines deutschen Ar- beiters beträgt für den Arbeitstag rund 50 Mk. Dabei ist seine Lebenshaltung eine kaum mehr menschenwürdige und steht unter dem furchtbaren Druck einer entsetzlichen Teuerung. Der deutsche Arbeiter müßte also täglich 25 000 Sowjetrubel verdienen, um den völlig ungenügenden Stand seiner Lebenshaltung so aufrecht zu erhalten, wie er heute ist.

Welcher Ocean von Papiergeld Rußland überflutet und von Tag zu Tag höher anschwillt, mag jeder selbst ausdenken. Von den Preisen kann man sich bei uns trotz aller Erfahrungen auf diesem Gebiete kaum eine Vorstellung machen. Und dieses „Paradies“ wollen uns die Anhänger Moskauer bescheiden! Zustände, wie sie kaum ein Beispiel in der Menschheitsgeschichte haben, selbst nicht in der Assignatenzeiten der französischen Revolution, wo ein Frühl- stück mit 80 000 Livres bezahmt werden mußte!

Die kurze Anzeige redet eine deutliche Sprache, daß keine Auslegung und agitatorische Verschönigung dagegen aufkommt. Wenn es in Rußland einen Kommunismus gibt, so ist es der Kom- munismus des gemeinsamen Verhungerns. Die Arbeiterschaft Deutschlands ist uns für dieses Los zu wertvoll, weshalb unerhör- tliche Klagen über die wahren russischen Verhältnisse ein lebens- wichtiges Erfordernis jeder politischen und wirtschaftlichen Bil- dung ist. Daß 3000 Sowjetrubel heute den Wert von 6 deutschen Papiermark haben, beleuchtet diese Verhältnisse schärfer und heller als hundert Artikel und Reden von Agitatoren, die ihren Beruf darin erblicken, den deutschen Arbeitern russische Märchen zu er- zählen.

Die Taktik der Kommunistischen Internationale.

E. Teriski, 13. Juli.

Auf dem Moskauer Kongreß ist die Beratung über die Taktik der Kommunistischen Internationale jetzt zu Ende geführt. Hierbei haben die gemäßigten Elemente die Oberhand gewonnen; diese beschuldigten die Linkskadetten einer un- nötigen Zerspaltung der Kräfte. In leitenden Kreisen der Kommunistischen Internationale ist nunmehr angefangen der Ver- zögerung der Weltrevolution beschloßen worden, die Parteitätigkeit hauptsächlich auf die Propaganda und die Organisation neuer kommunistischer Zellen zu konzentrieren. Bewaffnete Auf- stände seien als Kampfmittel nur in besonderen Fällen zulässig. Obwohl die Unterstützung der Arbeiterschaft zur Befreiung der Arbeitsbedingungen gegenwärtig den von der Internationale vertretenen revolutionären Zielen im allgemei- nen nicht entspricht, so müsse dennoch auch dieses Mittel im Zu- sammenhang mit der wechselnden politischen Situation dazu aus- genutzt werden, um die Schwächen der Bourgeoisie in mög- lichst wirksamer Weise auszunutzen.

Der in Moskau tagende Internationale Gewerks- schaftskongreß verläuft unter reger Beteiligung zahlreicher hervorragender Delegierten der Kommunistischen Internationale. Die ausländischen Redner verweisen dabei auf die Schwereig- keiten des kommunistischen Gewerkschaftskamp- fes angesichts der Sympathien, welche die Massen für die Umsturzamer Richtung hegen. Die schwierige Lage der russischen Arbeiter sei durch die schwache Unterstützung seitens der westeuropäischen Arbeiterschaft zu erklären. Bucharin, Solowoff, Koenen und Kosmer betonen die Notwendigkeit, die kommuni- stischen Gewerkschaften von den konpromittierbaren Elementen zu säubern; hierdurch würde der Kampf sich zwar verzögern, doch sei ein anderer Weg nicht möglich.

Eine große Säuberungsaktion in der russischen kommunistischen Partei.

Das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei hat für die Zeit vom 1. August bis zum 1. Oktober d. J. eine Prü- fung des Parteibestandes durch besondere aus allen Parteigenossen gebildete Ausschüsse angeordnet. Jeder sämtliche Parteilöscher werden von vertrauenswürdigen Persönlichkeiten, vor allem von Arbeitern, Auskünfte eingeholt. Besonders ein- gehend soll die Persönlichkeit und die Tätigkeit von Parteimit- gliedern untersucht werden, die vor der Oktoberrevolution anderen Parteien angehört, im Dienste anderer Regierungen gestanden und in Sowjetdiensten privilegierte Posten bekleidet haben oder be- kleiden. Eine Einmischung der Parteiorganisationen in das Säuberungsverfahren ist untersagt. Der Moskauer „Pravda“ zu-

folge sollen durch die Säuberungsaktion die kleinbürger- lichen, bürokratischen, gewinnlühnen und schwankenden Elemente aus der Partei ausgeschlossen werden, die das Bild der Partei in immer wachsendem Maße trübten. Man müsse der Partei den Charakter einer Arbeiterpartei erhalten. Die Verminderung der Mitgliederzahl werde durch den festeren Zusammenschluß reich- lich ausgeglichen werden.

Siebung in der Sowjetmission.

V. Wie der „Doktriner“ hört, wird der Leiter der wissenschaft- lich-technischen Abteilung der Berliner Sowjetmission Zebrowski, der als Gelehrter von Rang gilt, und sich sofort nach der Rückkehr nach Moskau begeben hatte, nicht mehr nach Berlin zurück- kehren. — Der Menschewistführer Abramowitsch, der einen Posten in der wissenschaftlich-technischen Abteilung der Berliner Sowjetmission innehatte, hat diesen Posten verlassen müssen. Auch seiner Schwelger ist gekündigt worden. — Dem Moskauer „Trud“ zufolge richteten die 200 Angestellten der Sowjetmission in Berlin an das Zentralkomitee der Gewerkschaft der Sowjetange- stellten in Moskau ein Gesuch, die Bildung einer lokalen Gewerkschaftsorganisation der Berliner Sowjetbeamten zu gestatten, offenbar infolge der Behandlung, welche der Beiratsrat der Sowjetvertretung gefunden hatte! Das Zentralkomitee hat die Genehmigung erteilt. Der Anschluß der deutschen Mitarbeiter der Mission soll nicht obligatorisch sein. Kürzlich hatten sämtliche Mitarbeiter der Berliner Sowjetmission einen umfangreichen Fragebogen über ihre Personalliste auszufüllen. U. a. mußten sie aufs genaueste ihre parteipolitische Zugehörigkeit vor und wäh- rend der russischen Revolution von 1906 und 1917 und die Namen und Wohnorte ihrer sämtlichen Familienangehörigen angeben.

100 oder 150 Milliarden?

Von Dr. K. Kuczynski,

Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

In dem Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 sind an Einnahmen aus den schon bewilligten Steuern usw. insgesamt 54,7 Milliarden Mark nachgewiesen. Wie groß sind nun die Aus- gaben? Bis zu Wirths Reichstagsrede vom 6. Juli bestand dar- über Einigkeit. In der Landtagsführung vom 2. Juni hatte der preußische Finanzminister Saemisch erklärt, daß „allein im Reich etwa mit einer Verdreifachung der Einnahmen gerechnet werden müßte, wenn man zu einer dauernden Bilanzierung des Haus- halts gelangen wollte.“ Derselbe Auffassung vertrat in der Reichsratsführung vom 20. Juni der Ministerialdirektor im Reichs- finanzministerium, Sachs, als Berichterstatter zum Hauptetat und besitzerte demgemäß den Jahresbedarf des Reichs auf 159,5 Mil- liarden Mark. Noch am 5. Juli machte Reil im „Vorwärts“ (Nr. 31) Einzelangaben, die im ganzen auf 135 Milliarden aus- liefen. Auch Helfferich rechnete in seiner Reichstagsrede vom 6. Juli mit 154 Milliarden. Anders Wirth. Er erklärte am gleichen Tage: „Der laufende Bedarf in den nächsten Jahren... wird sich um die 100-Milliarden-Grenze herum bewegen. Zu diesem merkwürdigen Ergebnis kam er auf folgendem Wege. Der ordent- liche Etat enthält 48,5 Milliarden Ausgaben, der außerordentliche Etat, der 59 Milliarden Ausgaben aufweise, müsse „so rasch wie möglich abgebaut werden“ und scheide daher aus; die Repara- tionsleistungen in Höhe von 3,3 Milliarden Goldmark seien mit 42 Milliarden Papiermark zu bewerten; dazu kämen rund zehn Milliarden für die Besetzung.

Der Gedanke, den außerordentlichen Etat so rasch wie möglich abzubauen, ist wunderbar. Aber wie soll das geschehen? In den 59,7 Milliarden des außerordentlichen Etats stehen 18,9 Mil- liarden Zuschüsse an die Post- und die Eisenbahnverwaltung. Glaubt Wirth im Ernst, daß diese Betriebe in absehbarer Zeit keine Fehlbeiträge mehr haben werden? Man verzweife doch nicht immer gedankenlos auf die Ueberschüsse in der Vorkriegszeit. Wären diese Ueberschüsse denn vorhanden gewesen, wenn schon damals eine Kohlensteuer von 20 Prozent und eine Umsatzsteuer von 1 1/2 Prozent bestanden hätten, wenn schon damals der Güter- und der Personenverkehr so gering gewesen wären wie heute, und wenn schon damals die große Mehrzahl der Reisenden 1. Klasse ge- fahren wäre? Mag sein, daß in einer späteren Zeit der Fehlbeitrag geringer sein wird als heute. Zunächst wird er jedenfalls infolge der Erhöhung der Kohlensteuer und der Umsatzsteuer und infolge der durch diese Erhöhungen und die Erhöhung der Brotpreise usw. bedingten Erhöhung aller Löhne steigen. In den 59,7 Milliarden sind ferner enthalten 14,2 Milliarden für Lebensmittelzuschüsse, Gewerkschaftszulagen, Wohnungsbau u. a., die in der einen oder andern Form teilweise auch künftig von der Allgemeinheit getragen werden müssen, endlich 26,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages, die teilweise auch noch viele Jahre hindurch neben den Reparationsleistungen in Höhe von 3,3 Goldmark und neben den Besatzungskosten werden aufgebracht werden müssen. Man wird demnach sicherlich nicht zu hoch greifen, wenn man von den 59,7 Milliarden des außerordentlichen Etats 40 Milliarden als dauernde Ausgaben rechnet.

In bezug auf die Reparationsleistungen hat Ministerial- direktor Sachs am 20. Juni im Reichsrat erklärt: „Durch die Annahme des Ultimatums sind zunächst zusammen dreieinhalb Milliarden Goldmark gleich rund 53 Milliarden Papiermark er- forderlich.“ Wirth will das nicht wahr haben und setzt dafür nur 42 Milliarden Papiermark an. Er begründet das damit, daß nur ein Teil der Reparation in Devisen bezahlt werde. „Für die Sachleistungen, die wir in Papiermark abzuleisten haben, werden wir jetzt wohl mit einer Umrechnung im Verhältnis von 1 zu 10 rechnen dürfen.“ Nun ist es ja richtig, daß die Mark im In- land heute noch etwa 10 Bsp. wert ist. Aber wenn im August die Brotpreise erhöht, und wenn dann die Kohlen- und die Umsatz- steuer gesteigert werden, muß der Wert der Mark im Inland sinken. Ueberdies ist es auch falsch, zu glauben, daß die Sachleistungen durchweg nach dem Wert der Mark im Inland umgerechnet seien. Zahlt das Reich heute etwa den Kohlenseher in Auslandsmark mit das Zehnfache der Vorkriegspreise? Wenn man jedoch, daß die Mark heute ein Dollar oder ein Schweizer Franken wert ist, 5 1/2 Bsp. d. h. ein Achtel wert ist, wird man eine Umrechnung der gesamten Reparationsleistungen im Verhältnis von 1 : 10 nicht als zu ungenügend betrachten können und für die 42 Mil- liarden Goldmark mindestens 50 Milliarden Papiermark ansetzen müssen.

Die gesamten laufenden Ausgaben des Reichs fallen sich somit mindestens auf

43,5 Milliarden ordentlicher Etat
40 Milliarden außerordentlicher Etat
50 Milliarden für 3,3 Milliarden Goldmark
10 Milliarden Besatzungskosten
zusammen 143,5 Milliarden.

Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß infolge der bevor- stehenden Erhöhung der Brotpreise und zahlreicher Steuern und Zölle die persönlichen und sachlichen Aufwendungen im ordent- lichen Etat unsehbar steigen werden, und daß wir einstelligen, das heißt bis zum Inkrafttreten der neuen Steuern, viertel- jährlich 20 Milliarden neuer Schulden aufnehmen, was eine dauernde Vermehrung unserer Schuldsinsen um eine Milliarde bedeutet.

Saemisch und Sachs, Reil und Helfferich haben also die Wahr- heit gesagt. Wirth aber hat sie verschleiert. Die Wirkung auf das Ausland kann nicht ausbleiben. Wenn wir tatsächlich in den nächsten Jahren — neben 3,3 Milliarden Goldmark als Repara- tionsleistung und 10 Milliarden Papiermark an Besatzungskosten — für unseren inneren Bedarf nur 48,5 Milliarden Papiermark — das sind knapp 3 Milliarden Goldmark — aufzubringen brauchen, dann wäre unsere Lage wahrlich nicht verzweifelt. Der Reichs- tanzler soll schnell eine Gelegenheit suchen, um dem Ausland glaub- haft zu machen, daß er am 6. Juli nur aus innerpolitischen Grün- den den Bedarf des Reichs auf 100 statt auf 150 Milliarden Pa- piermark beziffert hat.

Volkswirtschaft.

Die neuen Brot- und Mehlpresse.

Völlige Unklarheiten bei den Behörden und Sachverständigen.

Eine Berliner Lokalkorrespondenz stellt fest, daß bis zur Stunde noch keinerlei Entscheidungen über die kommenden Mehl- und Brotpreise getroffen worden sind. In den Kreisen der Fach- organisationen, der Bäcker, Müller, Konditoren usw. herrscht ins- folge der Verschleppung der Angelegenheit beträchtliche Verwir- rung, da jetzt vier Wochen vor dem Inkrafttreten des neuen, die Brotversorgung gänzlich umstellenden Gesetzes, noch niemand auch nur die geringsten Unterlagen für die erforderlich werdende Um- gruppierung der Betriebe besitzt.

Während bisher die Reichsgetreidestelle im Einvernehmen mit dem Reichs Ernährungsministerium die Mehlpreise festlegte und die Kommunen dann die Kleinverkaufspreise für Brot bestimmten, entscheidet das jetzt aus Vertretern des Mühlens- und Bäckereigewerbes sowie der Konsumenten zusammengesetzte Kuratorium unter Zustimmung der Reichsgetreidestelle über die neuen Mehl- preise, deren Normierung dann erst die Unterlagen für die Fest- setzung des Brotpreises bietet. Bis zur Stunde ist jedoch der neue Mehlpreis noch nicht festgelegt. Man rechnet lediglich mit der Tatsache, daß der Doppelzentner Brotgetreide sich auf 600 bis 700 Mark stellen wird. Auch über die Höhe der Ausmahlung von Weizen- und Roggenmehl liegen noch keinerlei Bestimmungen vor. Lediglich in München haben sich Bäcker und Mühlenbesitzer ent- schlossen, eine 70prozentige Ausmahlung von Weizen- und Roggen- mehl vorzunehmen. Da aus allen Teilen des Reiches, namentlich von den Kommunalverbänden, immer dringender werdende An- fragen an die in Frage kommenden Behörden über die Festlegung des Brotpreises gerichtet wurden, sollen in den nächsten Tagen Besprechungen von Interessenten mit Reichstagsabgeordneten statt- finden, um durch die Regierung auf die Reichsgetreidestelle dahin zu wirken, endlich den Mehlpreis zu normieren. Der Preis für das Brot, das in Zukunft auf Marken oder ohne Brotarten ab- gegeben wird, dürfte entsprechend der Höhe der jetzigen Reichs- zuschüsse steigen. Bekanntlich hat die Regierung jährlich größere Summen an Brotzuschüssen gewährt, die nun in Fortfall kommen, und die vom Konsumenten getragen werden müssen. Man glaubt im allgemeinen jedoch nicht, daß der Preis für markenfrees Brot 10 Mark übersteigen wird. Der Ankauf von Auslandsmehl erfolgt noch wie vor durch die Reichsgetreidestelle, doch wird es als zwei- felsfrei angesehen, ob dieses Verfahren sich, wie vorgesehen, bis zum März nächsten Jahres durchführen läßt, wenn die Ablieferung von Brotgetreide durch die Landwirtschaft nach dem Umlagever- fahren etwa nicht in der gewünschten Weise vor sich gehen sollte. Gegenwärtig wollen Vertreter großer amerikanischer Sachverständiger in Deutschland, um mit den deutschen Bäckereigenossenschaften über fortlaufende Lieferungen von Brotgetreide und Mehl zu ver- handeln. Das Angebot der Amerikaner wird als vorteilhaft be- zehnet, da es möglicherweise unter den deutschen Inlandpreisen für Mehl liegen wird.

Von dieser Meldung ist der letzte Satz entschieden der inter- essanteste. Es bleibt abzuwarten, ob tatsächlich amerikanisches Mehl billiger als inländisches zu stehen kommt, was natürlich von grundlegender Bedeutung für unsere ganze Ernährungswirtschaft sein würde.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 16. Juli 1921.

Dampf- oder Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunfts- ort	Fahrtzeit Tage	Stk.
D.	Rondor	Hansen	Randers	2	
D.	Beha	Witt	Stockholm	2	
D.	Fehmarn	Schmiedt	Burgtal	4 1/2	
Angekommen am 17. Juli 1921.					
D.	Eyreh	Davidson	Hadersleben	16	
D.	Maladen	Berndsen	Kopenhagen	16	
D.	Rehal	Petersen	Gothenburg	1 1/2	
D.	Belshin	Wagdanij	Memel	5 1/2	
D.	Amerikanland	Abrahamson	Stockholm	2	
D.	Ratina	Olson	Frederiksghaven	2	
D.	Sadebt	Kajmussen	Stockholm	20	
D.	Mar Fischer	Abbrand	Stockholm	3	
Angekommen am 18. Juli 1921.					
D.	St.	Jansen	Staatsburg	6	
D.	Johannes	Kohlsberg	Rögnisberg	14	
D.	St.	Holmberg	Stumo	9	
D.	St.	Holmberg	Udo	2 1/2	

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Reber, für Freiheit und Gewerkschaften Dr. W. Müller, für Partei und Gewerkschaften August Schuler, für Inflation Dr. H. Sternberg. — Druck und Verlag von F. E. Fischer & Co., sämtliche in Lübeck.



Die letzten Reste um restlos zu räumen, fabelhaft billig

Extraverkauf auf Extratischen Montag - Dienstag - Mittwoch

Serie 1	darunter: Hemdentücher, Rohnessel, Blaudruck Handtuchdrell und so weiter Mtr.	5⁰⁰
Serie 2	darunter: Bettkattune, Sportflanelle, Kleidervelours, Köperbarchent und so weiter . . Mtr.	10⁰⁰
Serie 3	darunter: Reinleinen handtuchdrelle, Schürzenstoffe, Züchen, Hauskleiderstoffe u. s. w. . . Mtr.	15⁰⁰
Serie 1	darunter: Voilette, einfarbig und gemusterte Washkrepps, Waschmusseline und so weiter Mtr.	5⁰⁰
Serie 2	darunter: Percal, Dirndikrepp, Sportleinen und doppelbreite Kleidermusseline und so weiter Mtr.	10⁰⁰
Serie 3	darunter: Schleierstoffe, Zephir, Kadett, bedruckte und bestickte Vollvoiles und so weiter . . Mtr.	15⁰⁰
Serie 1	darunter: Schotten für Kinderkleider, Blusenstreifen, Rockstoffe, Mantelstoffe u. s. w. Mtr.	30⁰⁰
Serie 2	darunter: Mantelstoffe, Gabardine, Popeline, Cheviots, Blusenstoffe und so weiter Mtr.	45⁰⁰
Serie 3	darunter: Rockstoffe, Serge, Gabardine, Flausstoffe, Mantelstoffe, Tuche und so weiter Mtr.	60⁰⁰
Serie 1	darunter: Blusen-seiden, Besatz-seiden, Chiffons und so weiter Mtr.	30⁰⁰
Serie 2	darunter: gemusterte Seidenstoffe, Sammet, glatte Kleider-seiden wie Messaline und Paillette Mtr.	45⁰⁰
Serie 3	darunter: Crêpe de Chine, bedruckte und gebatikte Seiden, Kleider-seiden, Eolienne Mtr.	60⁰⁰

Karstadt

Reise-Büro
Amtl. Fahrkarten
Amtl. Auskunft

Reise-Büro
Amtl. Fahrkarten
Amtl. Auskunft

Freistaat Lübeck.

Montag, 18. Juli

Kleines Glück.

Sie geht in aller Frühe,
noch eh' die Dämm' rung schwand,
Den Weg zur Tagesmühle
im ärmlichen Gewand.
Die dunklen Nebel feuchten
nach in der StraÙe dicht,
Sont' läÙe man beleuchten
ein RäÙeln ihr Gesicht.
Die Götter mögen willen,
warum sie heimlich lacht —
es weiß es nur das Kissen,
was ihr geträumt heut' nacht.

Hermann Lingg.

Eröffnung des Jugendheims.

In Gegenwart zahlreicher Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, nicht zuletzt aber unter starker Anteilnahme der Jugend selbst ist Sonntag mittag das Jugendheim im alten Kremplsdorfer Schulhause, das die Oberschulbehörde zu dem gedachten Zweck freundlichst überlassen hat, eröffnet worden. Nachdem die Jugendlichen unter Leitung des Jugendpflegers Genossen Schermer die erschienenen Gäste mit einem Liede begrüßt hatten, nahm Regierungsrat Dr. Siorf als Vertreter des Jugendamtes das Wort, um an Stelle des verhinderten Senators Genossen Brömmel das Heim seiner Zweckbestimmung zu übergeben. Eingehend schilderte er die großen Schwierigkeiten, mit denen die Begründung des Heims verbunden gewesen ist, des Heims, das dazu dienen soll, das heranwachsende Geschlecht geistig und körperlich zu erziehen, es von den jumeist recht fragwürdigen Genüssen des Kinos, des Tanzsaales und des Alkohols abzulenkten und edleren Aufgaben zuzuführen. Nicht weniger als 25 000 Mark sind von freiwilligen Spendern für den inneren Ausbau des Heimes gestiftet worden; der beste Beweis, daß immer weitere Volksteile sich der Pflicht bewußt werden: weit mehr als bisher für die Jugend zu tun. Das Jugendheim stehe weber im Dienste einer Partei, noch sonst einer Gemeinschaft, es sei Selbstzweck. Nachdem noch Genosse Schermer herzlich Worte der Begrüßung gesprochen, Senator Genosse Hoff die Glückwünsche des Senats, Herr Schermer die der Gewerbetreibenden übermittelte und Genosse Dietricher als Vertreter der arbeitenden Jugend in kurzen, kernigen Worten die Bedeutung des Heims für die Jugend umrissen hätte, wurde ein Rundgang durch das Heim angetreten. Wenn auch hier und da noch eine Kleinigkeit fehlt — freiwilligen Spendern bietet sich noch hinreichend Gelegenheit, sich zu betätigen — so macht dennoch das Heim schon jetzt einen recht freundlichen Eindruck. Das Heim enthält zwei Vortragsäle, darunter einen, der mit einem Lichtbildapparat ausgestattet ist. Ferner ein Lesezimmer, in dem nicht nur viele Jugendbüchereien ausgestellt sind, sondern in dem auch die bereits recht reich ausgestattete Jugendbibliothek untergebracht ist. Weiter ein Spielzimmer mit allerlei Brettspielen, dessen Räume hundertmalige Szenen aus der Märchenwelt schmücken. Zahlreiche Kernspiele, Bildnisse von Weltenshelden und Reproduktionen berühmter Gemälde zieren alle Wände der Zimmer. Auch dieser bildliche Schmuck trägt der Zweckbestimmung des Heims im weitesten Umfange Rechnung. Im Keller, der für Handfertigkeiten benutzt werden soll, befinden sich vier Hobelbänke und ein Schrank mit allerlei Handwerkzeugen. Schon manches Inventarstück hat die gelübte Hand eines Jugendlichen angefertigt. Zum Heim gehört noch eine größere Kuderparzelle, auf der Jugend-Mustergärten angelegt werden sollen. Die Einweihung fand ihren Abschluß durch einige ansprechende Volkstänze, die Jugendlichen auf dem Hofe vorführten. Die alten graziösen Tänze fanden bei den Zuschauern die denkbar beste Aufnahme, da die Jugendlichen Tänzer und Tänzerinnen ihre Sache ganz ausgezeichnet verstanden. Hoffentlich findet das schöne und geradezu idyllisch gelegene Heim bei der Jugend, für die es geschaffen worden ist, die genügende Beachtung; dann kann es zu einem lebenspendenden Segensborn für unsere Jugend werden.

Laßt Euch nicht fangen!

Wie anderwärts, so versucht man auch hier in Lübeck junge Leute für den geheimen Militarismus einzufangen. Auf hiesigen Fabriken, speziell in Siemens und Dänischburg, sind Orchesterwerke aufgetreten, die den dort beschäftigten jungen Arbeitern allerlei verlockende Angebote machen. Es wurden ihnen Kontrakte vorgelegt, wonach sie für Landarbeiten auf mecklenburgischen Gütern verwendet werden sollen, 300 Mark Monatslohn und freie Verpflegung wird ihnen zugesichert. Das erste Fehrgel ist Hasch. An einer Stelle haben sich 10 oder 11 Leute gemeldet. Mecklenburg und Pommern sind Zentren der Schererei, die sich dort unter dem Namen Hubertusleute zum Schrecken des Landes eingemischt haben. Sie sind Sammelpunkte der Reaktion im Norden, wie Bayern im Süden Deutschlands. Die Stimmung der Mecklenburger Landarbeiter gegen diese zusammengehörigsten Scharen ist sehr erregt. Das ist aber gerade den Junkern recht, um bei passender Gelegenheit ihre Forderungen, die unter militärischer Leitung stehen, ins Treffen führen zu können. Die Rechtsabteilungen wollen beweisen, daß sie "Schuß" nötig haben. An anderen Stellen sagt man wieder gerade heraus, die Werkungen würden für Ober-schlesien veranlassen. Unter dem Vorwand, es gelte dem Schuß des Landes vor einem neuen Polenpuß und einer Verstärkung des (ausgelösten) Selbstschutzes, werden Freiwillige gesucht. Weber das Verbot der Freikorps nach die Entwafrungsbüchlein anlässlich der Ententeforderungen haben die Organisatoren der wider nationalistischen Verbände, die nach Oberschlesien gingen und dort eine Gefahr bilden, gehindert, ihr Handwerk weiter zu treiben. Nur dem Umstand, daß die Drahtzieher dieser Machenschaften bislang noch nie die Gelegenheit erhielten, längere Zeit ihre Streikkräfte irgendwo zusammenzuschieben, kann als Erklärung dafür gelten, daß sich noch nicht höchst unvorsichtige und für den Bestand der Republik verhängnisvolle Dinge hemmbar machen.

Daß die Leute unter militärischem Kommando stehen, ergibt sich auch aus einem Brief, den das Hamb. Echo veröffentlicht. Dieser lautet:

Naden h. Lalendorf (Mecklenbg.), 9. Juli 1921.
Liebe
Nachdem ich als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft a. H. Müller auf verschiedenen Gütern in Pommern umhergetrieben bin, sehe ich jetzt wieder in Mecklenburg. Ich verdiene hier 15 Mark pro Tag, bekomme sehr gutes Essen und arbeite mich nicht tot. Also, besser kann man es nicht verlangen. Unter Umständen hätte ich jetzt schon in Oberschlesien sein können, wenn ich damals beim ersten Transport (!) mit hinunterkommen wäre. Aber was nützt ich, kann noch werden. Wer weiß, ob ich dann noch gelebt hätte. Andere Leute haben ziemliche schwere Verluste dort gehabt. Hoffen wir's Beste. Wm.

Diese Freischärlerhanden machen das ganze Land unsicher. So durchziehen auch in Marburg seit einigen Tagen des Abends Truppen junger Leute von 8-10 Mann teils in vollkommen feldmännlicher Ausrüstung, teils halb Zivil, halb Uniform, die Straßen der Stadt. Zum Teil sind die Demonstranten mit Hackenbeisern, Orgeleschabzeichen, bunten Armbinden, schwarzweißen Bändern und Fähnchen geschmückt und schleppen vielfach schwere Patronenkösten und große Gepäckstücke mit sich.

Wie einwandfrei festgestell werden konnte, handelt es sich um irreguläre Banden vom Stile der Balthustropen, die auf dem Weg sind von der schwarzen Reaktion, um jeder Schandtat dem einen Wölfe gegenüber bereit sind. Deshalb, Arbeiter und ehrliche Anhänger der Republik, seid wachsam, weist den Werhern die Tür! Die Behörden finden hier Gelegenheit, in diese Freispennelst hineinzuweichen.

Die zuviel gezahlten Steuerbeträge.

(Wann erfolgt die Rückzahlung?)

Vielen Lohn- und Gehaltsempfängern ist durch Lohnabzug oft in nicht geringer Betrag für das Steuerjahr 1920 an Einkommensteuer zuviel gezahlt worden. Für die Arbeiter, kleine Beamte, Angestellte und Familienväter bedeutet dieser Mehrbetrag — vielfach Beträge von 150 Mark und mehr — angesichts der Teuerung und des Zeitpunktes der Feuerungseinnahme für den

Winter einen recht empfindlichen Einkommensausfall. Aber noch mehr, in Würdigung des Umstandes, daß man den bestehenden Klassen die Steuern stundet, auch eine fürchtbar ungerechte Härte. Nichts wirkt verblütender, als diese Art der Steuereintreibung. Dem Belthenden, dem Not fremd ist, gestattet man, seine Steuern in Raten zu zahlen, während man dem Armen, der mit den Seinen von der Hand in den Mund lebt, der tatsächlich nicht weiß, woher für sie das Allernotwendigste hernehmen, noch nicht unerhebliche Beträge über sein eigentliches Steuerföhl zu Unrecht abnimmt. Auch scheint man sich wenig Gedanken darum zu machen, nun auch nach Möglichkeit schnellstens wieder zurückzuerstatten, obwohl es doch einfache, selbstverständliche Pflicht wäre. Von einem sozialen Verständnis hier zu reden, dürfte sich wohl erübrigen. Aber würde ein Steuerpflichtiger der Schuldner sein, dann dürfte mit dem Gerichtsvollzieher wohl nicht gefadelt werden. Deshalb: Heraus mit der zuviel in Abzug gebrachten Einkommenssteuer, denn die große Masse der wirtschaftlich Schwachen benötigt des Geldes dringend! Es ist ihr gutes Recht, das entschleiden und mit Nachdruck zu fordern, und die verdamnte Pflicht der Finanzämter, dem bestbelehnten Rechnung zu tragen, nachdem nun schon Monate seit der Abschneidung der Steuererklärungen verstrichen sind.

Lübecker Schiffsverkehr im Juni 1921.

(Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes.)

a) Seeschiffsverkehr. Es sind im Hafen 139 Dampfer, 39 Segler und 14 Seefischer, zusammen 192 (1920: 207) Handelschiffe mit 31 503 (36 975) Reg.-Tons Raumgehalt angekommenen und 144 Dampfer, 48 Segler und 12 Seefischer, zusammen 204 (242) Handelschiffe mit 33 867 (39 927) Reg.-Tons Raumgehalt abgegangen. Beladen waren einkommend 118 Schiffe oder 61,5 % (73,4 %) und ausgehend 142 oder 69,6 % (74,8 %). Von den 396 Fahrten aller ein- und ausgehenden Schiffe kamen auf deutsche Häfen 109, auf russische 7, auf finnische 99, auf schwedische 99, auf norwegische 8, auf dänische 121, auf niederländische, englische und spanische je 1, endlich auf die Hochseefischerie 10. Dem Tonnengehalt nach entfielen auf inländische Häfen 16 336, auf russische 1760, auf finnische 14 751, auf schwedische 15 842, auf norwegische 953, auf dänische 12 994, auf niederländische 98, auf englische 731, auf spanische 923 und auf die Hochseefischerie 980 Tons. Die deutsche Flagge führten 282, die russische 8, die finnische 32, die schwedische 45, die norwegische 1, die dänische 25, die niederländische 3 Schiffe. Die einausgebrachten Gütermengen beliefen sich auf 19 213 und die ausgeführten auf 22 380 Tons. Von der Gesamtfracht kamen auf Deutschland 9992, auf Rußland 1950, auf Finnland 10 373, auf Schweden 12 057, auf Norwegen 1541, auf Dänemark 3439, auf Spanien 2190 und auf die Hochseefischerie 561 Tonnen.

b) Binnen-Schiffsverkehr. Auf der Trave und auf dem Elbe-Grave-Kanal verkehrten 257 (313) Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 72 371 (103 671) Tonnen, die 22 332 (33 538) Tonnen Güter einbrachten und 3098 (3111) Tonnen mitnahmen. Beladen waren einkommend 125 Schiffe oder 98,4 % (96,5 %), ausgehend 39 Schiffe oder 30,0 % (26,7 %).

Ächtung, Betriebsräte, Betriebsoblene, Bundelegierte!
Am Mittwoch, abend 7 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung aller freigewerkschaftlich organisierten B.-R. und B.-O. statt. In dieser Versammlung soll zur wichtigsten Frage der Erwerbslosigkeit Stellung genommen werden. Hier müssen die B.-R. alle Möglichkeiten prüfen, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit dienen können, und sich für die nächste Zeit Richtlinien geben. Es ist daher Pflicht aller B.-R. und B.-O. zu erscheinen. Weiter wird zu Beginn der Versammlung Stimmmaterial und Stimmkarte ausgegeben. Verbandsbuch und Ausweis darf unter keinen Umständen vergessen werden, denn ohne diese ist der Zutritt nicht gestattet und wird auch kein Stimmmaterial verabfolgt.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 25. d. M., abends 6 Uhr, statt.

Gobsed.

Erzählung von H. de Balzac.

Es war im Winter des Jahres 1829 auf 1830. — Gegen ein Uhr morgens befanden sich im Salon der Vicomtesse von Grandlieu noch zwei Herren, die nicht zur Familie gehörten. Einer von ihnen, ein hübscher junger Mann, verabschiedete sich, als er bald darauf die Stuhlröhre schlugen hörte.

Vom Hofe her wurde das Rollen seines Wagens hörbar, der aus dem Hofe auf die Straße einbog. Die Vicomtesse fand also jetzt nur noch ihren Bruder und einen intimen Freund des Hauses im Zimmer; sie beendigten ihre Partie Piquet. Die Dame schritt zu ihrer Tochter hinüber, die, vor dem Kamin stehend, scheinbar einen Lampenschirm mit Porzellanbildern betrachtete, in Wahrheit aber dem Geräusch des dahinfahrenden Karrosiens mit einer Spannung nachsah, die die Befürchtungen der Mutter als begründet gelten ließ.

"Camille", sagte sie, "wenn du dein Benehmen dem jungen Grafen Restaud gegenüber nicht änderst, so wirst du mich damit, ihn nicht mehr zu empfangen. Höre auf mich, mein Kind — du hast doch Vertrauen zu mir und so laß dich auch von mir durchs Leben leiten. Mit siebzehn Jahren bedenkst man weder die Zukunft, noch die Vergangenheit, noch gewisse gesellschaftliche Rücksichten. Restaud hat eine Mutter, die Millionen aufzuehen würde, eine Frau von schlechter Geburt, ein früheres Fräulein Goriot, das seinerzeit recht viel von sich reden zu machen mußte. Sie hat sich ihrem Vater gegenüber verächtlich benommen, daß sie einen so guten Sohn höchlich nicht verdient. Der junge Graf bestet sie an und umgibt sie mit einer kindlichen Pietät, die des höchsten Lobes wert ist; vor allem legt er für seinen Bruder und seine Schwester eine tüchtige Sorgfalt an den Tag. Wie demunderungswürdig aber seine Handlungsweise auch sein mag, so letzte die Gräfin nach einer Weile mit einem freundlich ver-schämten Ausdruck in den Augen hinzu, solange keine Mutter am Leben ist, werden alle Familien davon jurüchreden, die Zukunft und das Vermögen ihrer Töchter dem jungen Restaud anzuzuerkaufen."

Sie habe da gerade einige Worte aufgeschnappt, auf die hin ich nicht übel Lust verspüre, mich zwischen Sie, Frau Vicomtesse, und das Fräulein Tochter zu drängen, über der vertraute Freund des Hauses. "Ich habe gewonnen, Herr Graf", wendete er sich dann an seinen Spielgegner. "Ich lasse Sie jetzt allein, um ihrem Fräulein Rechte zu Hilfe zu eilen."

"Das nenne ich aber echte Advokatenrhetorik!" meinte die Gräfin lächelnd. "Mein bester Derville, wie haben Sie das nur hören können, was ich dort nur ganz leise zu Camille gelangt habe?"

"Ich habe aus Ihren Blicken gelesen", entgegnete Derville, indem er in einem Sessel zur Seite des Kamins Platz nahm. "Der Onkel allesteht sich zu dem jungen Mädchen, und die

Fräulein Tochter und Derville nieder.

"Ich glaube, Frau Vicomtesse, es ist Zeit, daß ich Ihnen eine Geschichte erzähle, die sie vielleicht veranlassen wird, ihr über die Vermögenslage des Grafen Ernest Restaud gefälltes Urteil einer Venderzung zu unterziehen."

"Eine Geschichte?" rief Camille lebhaft. "So fangen Sie doch schon an!"

Derville warf der Gräfin einen Blick zu; aus dem sie entnehmen durfte, daß seine Erzählung sich für sie sehr interessant gestalten würde.

Die Vicomtesse von Grandlieu war infolge ihres großen Vermögens und durch das Alter ihres Namens einer der bedeutendsten Frauen des Faubourg Saint-Germain. Und wenn es fast unnatürlich scheint, daß ein Pariser Advokat in bezug auf familiärem Tone zu ihr sprach und sich auch sonst bei ihr so ungewöhnlichen benahm, so ist dies Phänomen andererseits doch un schwer zu erklären.

Die Gräfin war mit der königlichen Familie nach Frankreich zurückgekehrt und hatte sich in Paris niedergelassen. Anfänglich lebte sie von der Unterstützung, die ihr Ludwig der Achthelbte aus seiner Willkür zufommen ließ. Das war für sie eine unerträgliche Lage.

Der Advokat fand zufällig einige Formfehler heraus, die seinerzeit beim Verkauf des Grandlieu'schen Palais, der von der Republik ins Werk gesetzt worden war, den Behörden unterlaufen sein mußten. Er stellte die Behauptung auf, daß der Gräfin ihr Eigentum jurüderstaltet werden müsse; in folchem Sinne leitete er einen Prozeß ein und gewann ihn. Durch diesen ersten Erfolg ermüdet, lehte er einem Kloster solange zu, bis er die Herausgabe der Malungen von Vivenne erlangte. Dann ließ er noch einige Aktien des Orleans-Kanals und verschiedene Grundstücke zintreiben, die der Kaiser als Dotationen an staatliche Anstalten verlichehen hatte, jedoch das Vermögen der Vicomtesse durch die Geschicklichkeit des jungen Advokaten bis zu einer Jahresrente von sechzigtausend Franken wieder hergestellt wurde, wobei die gewöhnlichen Summen nicht einbeziffen sind, die ihr auf Grund des neuen Entschädigungsgesetzes zuflossen.

Als Hunger, gebildeter, beheldender Mann wurde der Rechtsanwalt ein intimer Freund des Hauses. Wenngleich die aner-kennenswerte Sorgfalt und Umsicht mit der er sich der Sache der Gräfin annahm, ihm wohl die Wertigung und Ahtent der ersten Familien des Faubourg Saint-Germain, einäußrigen Umfande war, so zog er doch aus diesen zufälligen Umständen nicht den Nutzen, den seine ehrgeizigen Kollegen nicht hätten entgehen lassen. Er schlug das Anerbieten der Gräfin aus; die ihn dazu bestimmen wollte, seine Praxis zu verkaufen und in die Verwaltung überzutreten — eine Karriere, in der e-dant ihrer Vermögen der schnellsten Beförderung sicher gewesen wäre.

Mit Ausnahme des Palais Grandlieu, in dem er hin und wieder einen Abend verbrachte, ging er in die große Gesellschaft zu janzel, als es zur Aufrückerhaltung seiner Beziehungen un-

erläßlich notwendig war. Derville konnte von Glück sagen, wenn seine Begabung durch die Tätigkeit für die Vicomtesse in ein heüeres Licht gerückt worden war; sonst hätte er vielleicht Gefahr laufen können, sein ganzes Bureau in die Brüche gehen zu lassen.

Seit Graf Ernest Restaud sich im Hause Grandlieu hatte einführen lassen, seitdem Derville die Sympathie erlangte, die Camille diesem jungen Manne entgegenbrachte, war er bei der Gräfin ein so eifriger häufiger Gast geworden, wie allenfalls ein erst kürzlich in die Kreise des vornehmen Faubourgs zugelassener Dandy der Chaussee d'Antin.

Erst vor wenigen Tagen war Derville mit Camille auf einem Balle zusammengetroffen. Bei dieser Gelegenheit hatte er mit ihr über den Grafen gesprochen.

"Schade, nicht wahr, daß der junge Mensch nicht über zwei oder drei Millionen verfügt!"

"Ich das ein so großes Unglück?" entgegnete sie. "Ich glaube doch kaum. Graf Restaud ist sehr begabt, er hat viel gelernt, und er ist in dem Ministerium, bei dem er arbeitet, sehr gern gesehen. Ich glaube bestimmt, daß er noch eine sehr bedeutende Persönlichkeit wird. Der „junge Mensch“ wird wohl ein Vermögen finden, wie er nur haben will — wenn er es einmal zu einer Stellung gebracht hat."

"Sicherlich. Wenn er aber bereits reich wäre?"

"Ja, wenn er reich wäre —" erwiderte sie erötend, "dann würden alle jungen Mädchen hier im Saale sich ihr Streit machen!" lehte sie schnell hinzu, indem sie besonders eifrig die Quadrillen betrachtete.

"Und dann?" fuhr der Advokat fort, "und dann wäre Madame vicomtesse de Grandlieu nicht die einzige, zu der er fortwährend herüberbliden könnte. Deswegen also erötend Sie? Er gefallt Ihnen — Sie empfinden etwas für ihn, nicht wahr? Sagen Sie mir doch!"

Camille hatte sich etwas höflich erhoben.

"Sie liebt ihn also wirklich", sagte sich Derville.

Von jenem Tage an umgab Camille den Freund ihrer Mutter mit besonderer Aufmerksamkeit, da es ihr nicht entgangen war, daß er ihre Bestand für den jungen Grafen Restaud billigte. Dieser hatte sie ihm mehr Rücksicht entgegengebracht als wahre Freundschaft, mehr Höflichkeit als echte Empfinden; ihr ganzes Wesen jedoch als auch besonders der Ton ihrer Stimme hatte ihn den Abhand deutlich fühlen lassen, der nach den Regeln der Etikette zwischen ihnen bestand.

Erfennlichkeit ist eine Schuld, die Kinder nicht immer bezahlen können, und ohne Vorbehaltsrecht von den Eltern übernommen werden.

"Was ich ihnen erzählen werde", sagte Derville jetzt nach einer kurzen Pause, "erinnert mich an die einzigen romantischen Begebenheiten meines Lebens. Sehen Sie!" unterbrach er sich. "Sie haben schon, weil ein Advokat von einem Roman in seinem Leben spricht. Ich war auch einmal fünfundsanzig Jahre alt, und ich habe in jenem Alter schon allerhand absonderliche Dinge zu sehen bekommen."

Zum Streit im Friseurgewerbe werden wir von Brinjalvale mit dem Aufsatz folgender Seiten begleitet: Es wäre richtig, wenn die Gehaltsfragen neben den tariflich festgelegten Röhren auch die sonstigen Verdienstmöglichkeiten, bestehend in den 1-0-0 Anteilen an den Verkaufsartikeln und der Anfertigung von Haarbeuten genannt hätte. Von den Zufügen ist seitens der Kundschaft ganz zu schließen. Ferner müsste es richtiger heißen, im Beruf besteht wohl noch eine 67stündige Geschäftszeit, von der aber ca. 20 Stunden pro Woche Rubenpausen sind, so daß die produktive Arbeitszeit nur 80-85 Stunden betragt. In den Geschäften, wo die Arbeitszeit höher ist, wird bereits über Tarif bezahlt. Zu der Behauptung, daß die Mitglieder der Innung, welche keine Gehilfen beschäftigen, die Forderung der Gehilfen niedriger stellen könnten, erklären wir: „Die Abstimmung erfolgte durch Stimmentzettel. Wer nun für oder gegen gestimmt hat, kann man doch u. E. sehr schwer behaupten, daß die Arbeitgeber diese Geschäfte meiden sollten, ist etwas unverständlich. Wir bitten hiermit um die Beibringung von Beweisen. Der mit gegenseitigem Einverständnis gefaßte Beschluß über die 4stündige Geschäftstretverminderung lautet nicht so wie die Gehilfenerschaft behauptet, sondern die Arbeitszeit wird verkürzt auf 4 Stunden. Diese Verkürzung ist möglichst ungeteilt zu gemahren. Wo aus betriebsbedingten Gründen diese Möglichkeit nicht besteht, wird beschlossen bis zum 1. September d. J. erneut auf dieser Frage Stellung zu nehmen, mit dem Bestreben eine generelle Regelung für den ganzen Beruf herbeizuführen. In diesem Zweck wird ein Schiedsgericht, bestehend aus 3 Arbeitnehmern und 3 Arbeitgebern gebildet, welche über alle Streitigkeiten die aus diesem Tarif entstehen, zu entscheiden haben. Eventuell wird ein Unparteiischer Vorsitzender gewählt.“

Die Lohnkommission der Innung der Friseur- und Barbierhandwerker in Prag schreibt uns die Streitscheidung, daß die Auslagen nicht der Wahrheit entsprechen. Die Sonntagscruhe ohne Lohnerhöhung forderten wir am 1. Juni zum 1. Juni. Kurz vor dem 1. Juni wurde diese Forderung abgelehnt. Wir machten folgenden Gegenvorschlag: Ab 1. Juni ein freier halber Tag für die Sonntagarbeit und ab 1. Juli 20 M. Lohnerhöhung pro Woche infolge der allgemeinen Preissteigerung. Nicht nach wenigen Tagen, sondern 6 Wochen danach. Nur zu unsern Löhnen. Theorie und Praxis war eines Arbeitgebers Hauptschmerz, schon stets gewesen und die Rechnung stimmt auch hier nicht ganz. Wo bleibt das Haarschneiden und Kopfwaschen, welches doch unsere Haupteinnahmen sind? Alle Arbeitgeber waren in der Lage, den Streit zu verhindern, mußten aber getreu ihrer Innung die Forderung ablehnen. Daß es trotzdem 15 Arbeitgeber gab, die unsere Forderung als gerecht ansahen, veranlaßte die Lohnkommission der Arbeitgeber, diese 15 bis zu 20 M. pro Woche nochmal zu zahlen, wenn diese durch Tarif festgelegt werden mußte. Wir mußten diesen einseitigen Beschluß der Arbeitgeber ganz entschieden ablehnen. Müßten denn der 20 M. Mehrlohn die Preise gleich erhöht werden? Die Herren Arbeitgeber haben es auf eine Machtwortankommen lassen wollen. Daß diese zu unseren Gunsten ausfiel, hatten sie nicht gedacht. Unterstützt durch die streikenden Friseurgehilfen wie Friseur, die sich in einem gerechten Streit befinden. Die Streitscheidung.

Des Sonntags Wechselbild.

Schon wieder Sonnenschein, schon wieder Jullglut — und noch kein Regen. Aber was fragen frohgelaunte, wanderscheudige und reiselustige Sonntagskinder nach Regen. Sie brauchen einen wolkenlosen Himmel zu ihren Feiertagsfahrten, die sie aus der Enge der Stadt hinaustreibt. Ein starker Luftzug weht an der See ja trotz aller fernenden Strahlen. Die Wanderer und Spaziergänger leiden unter dem Staub der Straßen und Wege, der sich auch die auf Strauch und Baum gelegt hat und den die Autoleute neben dem Benzingeräusch den Fußgängern noch mit besonderem Geräusch anwirbeln.

Trostlos schauen die Wiesen und vor allem die Kartoffelfelder aus. Verbrannt sind die Grasnarben, weiß hat sich das Kartoffelkraut hingelegt. Wenn uns nicht sehr bald lebenserhaltendes Maß spendet wird, dann gehen wir einem trostlosen Ernteharst entgegen. Die Kornfelder stehen zwar in gelblicher Farbe da, aber das Getreide ist fast geraten und die Lehren neigen sich nicht allzu stark unter überroten Last. Der Roggen ist zum Teil erndt, die Hacken hatten der Afsuhr in die Scheune.

Das am Sonntag gefund auf den Beinen war, das zog aus dem Hause. Zu den Dampferlandungsstellen wählte sich in den Vordergrund eine wahre Wüstenlandschaft. Fehmarn, Möve, Jockel und der Doppelschraubenschneidender des Norddeutschen Lloyd, „Grille“ nahmen auf, was sie fassen konnten und fuhrten mit ihrer bestmöglich gestimmten Last nach Travemünde, Zimmendorfer Strand, Ordsmis oder Dahme, allwo überall hunzbewegtes Leben

herrichte. Travemünde wie die oldenburgischen und holsteinischen Sommerfrühen am Meer sind mit Kurgästen vollbesetzt. Den Sonntagbesucher findet der Menschenmensch bald heraus. Er wird auch gewahr, daß die Sommerfrühen vielfach von gutgenährten, von Arbeitslast weniger geplagten, dafür aber mit gefüllten Geldbrieftaschen Besesseneren aufgelockt werden. Die Toiletten und der Lebensumfang so vieler „anadigen“ Frauen sprechen eine sehr deutliche Sprache von der Not unserer Zeit. Wie mancher abgegründeter, von Sorgen geplagter Arbeiterfrau mehrwöchige gute Pflege und Ruhe notwendig sein, doch sie darf sich derartiger Gedanken nicht verweisen. Gewiß sind auch unsere Abdecker Mädchen und jungen Frauen, wenn sie sich zum Sonntagsausflug rufen, ganz provoper angezogen, und das sollen sie auch. Aber daraus auf einen Wohlstand in der breiten Bevölkerungsschicht zu schließen, wäre verfehlt. Die Aufwendungen für ein schickliches und jugenderfreundliches Sonntagskleid müssen auf andere Art wieder abgeknappst werden. Wenn sich die arbeitende Bevölkerung nicht mit Gewalt zu einer kleiner Freude drängt, bleibt ihr nur die Arbeit und den Drohen des Lebens das Vergnügen.

Beschneiden genug sieht dieses aus. Wenn in den Hotels am Strande gefastelt und die Verdaulichkeit durch kalten Wein gefördert wird, padden die nur-Sonntagsfahrer ihre Pakete aus, lassen sich an Putz (meistens sind es nur Margarinesäften und entkorken die Kaffeeflasche. Wer es wagen wollte, sich mit Kind und Regel an den gedeckten Tisch zu setzen, müßte sich die Woche über den Mund leer waschen.

Aber trotzdem: wir freuen uns, wenn sich das Volk des Sonntags auf dem Dampfschiff, die Elektrische oder die Eisenbahn setzt und die Häusermauern ein gut Stück hinter sich läßt. So wird doch wieder Lebenslust und Frohsinn geschöpft und der Glaube befestigt, daß die Welt schön ist und wert für das geamte Volkwohl erobert zu werden. Ein Geldschein so angenommen, brinn: unendlich viel mehr Nutzen als wenn es auf sogenannten Volksfesten abgerufen oder für leeren Schaum hingegeben wird. Nicht Tage lang hat dieser Luxus gebauert, und das war lange genug — viel zu lange.

In die Travemünder Bucht dampften am Sonntag abend sechs deutsche Minensuchboote und machten in Travemünde fest. Wie die Romanisanten dieser Marinesfahrzeuge die Verfassung der Republik respektieren, ist daraus zu ersehen, daß sie die alte wilhelmische Kriegssflagge hissen ließen. Gibt es kein Mittel, um den revolutionären Sold beziehenden Offizieren klar zu machen, daß sie derartige Demonstrationen zu unterlassen haben? Es wird höchste Zeit, diesen Eigenwillen zu brechen.

Wer muß bestraft werden bei Ueberschreitung des Achtstunden-Arbeitstages? Das Oberlandesgericht Königsberg hat kürzlich als Revisionssinstanz ein sehr beachtenswertes Urteil gefaßt, das der „Sozialen Praxis“ vom Oberlandesgerichtsrat Ermel in Königsberg mitgeteilt wird. Ein Arbeitgeber in einem größeren Maschinenbetrieb Ostpreußens hatte seine Arbeiter mit ihrem Willen längere Zeit hindurch täglich mehr als acht Stunden beschäftigt. Er wurde vom Landesgericht freigesprochen, jedoch hat das Oberlandesgericht die Strafbefreiung des Arbeitgebers bestritt. Der achtstündige Arbeitstag, so heißt es, sei als Folge der Revision die Verwirklichung einer alten Arbeiterforderung. Sie bezwecke den Schutz gegen die Ausnutzung der Arbeitskraft. Das zwingt, anzunehmen, daß die Arbeiter auch vor der Ausbeutung durch sich selbst geschützt sein müßten, ebenso wie die Bestimmungen des Kinderschutzes der Gewerbeordnung usw. nicht durch die Zustimmung der beteiligten Arbeiter aufgehoben werden könnten. Strafbar sei allerdings nicht der Arbeitnehmer, sondern der Arbeitgeber, der diese Vergehen zuläßt.

Städtischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck für Juni 1921. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes Ende Mai 119 384 Einwohner. Im Juni kamen durch Geburtenüberschuß 55 und durch Wanderungsgewinn 88 Personen hinzu, so daß die Einwohnerzahl sich Ende des Berichtmonats auf 119 527 (Juni 1920: 116 183) stellte. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war folgende: Eheschließungen 100 (127), Geburten 183 (243) und Sterbefälle 128 (159). Auf 1000 Einwohner und ein ganzes Jahr berechnet sind das 10,0 (13,0) Eheschließungen, 18,3 (24,8) Geburten und 12,8 (14,3) Sterbefälle. Unter den Geborenen waren 18 oder 9,8 Proz. (28 oder 11,6 Prozent) unehelich und 3 oder 1,6 (7 oder 2,9 Proz.) tot. Von den Gestorbenen waren 25 (21) unter 1 Jahr und 35 (33) über 70 Jahre alt, darunter 1 Frau von 102 Jahren. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammen (Lebendgeborene der letzten 12 Monate), berechnete Säuglingssterblichkeit betrug 121,3 (100,9). Todesursache war 14mal Krankheit der Kreislauforgane, 13mal Krebs, je 11mal angeborene Lebererkrankung und Gehirnerkrankung und 10mal Lungenentzündung.

Die Hinrichtung auf dem Prager Ring.

Der Prager Fenstersturz im Jahre 1618 pflegt als der Beginn des dreißigjährigen Krieges angesehen zu werden. Die Rebellion der böhmischen Stände brach aus, als die Bewohner zweier böhmischer Städte im nördlichen Böhmen, Klostergrab und Braunau, wegen Erbauung protestantischer Kirchen mit der katholischen Herrschaft in Konflikt gerielen. Das ungeheure Ringen zwischen Protestantismus und Katholizismus hing an. Die Stände riefen Friedrich von der Pfalz herbei, um ihm die Krone aufs Haupt zu setzen. Ferdinand, der Habsburger, wurde von ihnen als abgelehnt erklärt. Da brach das kaiserliche Heer durch Mähren in Böhmen ein und zog unangefochten gegen Prag vor. Die evangelische Gemeinde vermochten ihm nur eine Armee von Landsknechten entgegenzustellen, und die Schlacht, die vor den Toren von Prag geschlagen wurde, währte nicht länger, als etwa 100 Minuten. Friedrich von der Pfalz floh, der böhmische Anführer war unterdrückt, die Habsburger bemächtigten sich Böhmens, Mährens und Schlesiens. In der Kriegsgeschichte hat diese Schlacht auf dem Weißen Berge keine größere Bedeutung, aber sie bedeutet in der Kulturgeschichte Europas eine entscheidende Wendung. Ferdinand II. richtete in den Ländern der böhmischen Krone, in denen der evangelische Glaube schon vor Luther, schon nach dem Märtyrertode des Johannes Hus Wurzel geschlagen hatte, die Gegenreformation auf. Er trug den Krieg weiter nach Deutschland hinein und rief ganz Europa in den Wirbel der ständigen Ereignisse.

Das tschechische Volk sieht in der Niederlage auf dem Weißen Berge das Ende seiner Freiheit, die es erst drei Jahrhunderte später wieder gewann. Am 21. Juni jährte sich zum dreihundertsten Male der Tag, an dem Kaiser Ferdinand in Prag ein fürchterliches Blutgericht über die Schuldigen der Rebellion hielt. 27 Tausend des tschechischen Volkes, darunter auch mehrere Deutsche, blühten ihr Leben ein unter der Hand des Henkers. Ein schwarzes Gerüst wurde auf dem Altstädter Ring in Prag errichtet. Die zum Tode Verurteilten bezogen es vom Balcon des historischen Rathauses aus. Als erster von ihnen Graf Schlick, das Haupt der tschechischen Deutschen in Böhmen. Nach ihm Jaroslav Budovic, ein Mitglied der böhmischen Brüder-Gemeinde, dem es verwehrt wurde, von einem evangelischen Priester begleitet zu werden. Dann Christoph Harant von Politz, berührt durch seine Reise nach England aus Palästina und Aegypten, dann ein 88-jähriger Greis, Kaspar Kapitz von Salevic, kann der hervorragende Arzt und Anatom Johannes Jessenius und die ganze Reihe der unerschrockenen Kämpfer. Manche von ihnen wurden nicht etwa nur enthaupet, die Hauptstadt der Mähren, und in Brunn, ein abschreckendes Beispiel zu geben, sind verhängnisvolle Formen der Hinrichtung: greuliche Kaderung und Zerschnittung.

einzelnen Opfern wurde die Junge herausgeschritten, bevor man sie tötete, zwölf der abgeschlagenen Köpfe wurden noch jahrelang zur Warnung am Altstädter Brückenturm ausgehängt. Über Kaiser Ferdinand begründete sich nicht mit diesem Blutzug, noch wichtiger war ihm die Konfiskation der Güter evangelischer Eigentümer. Gerabezu drei Viertel von Böhmen wurden konfisziert und unter die Güntlinge des neuen Regimes verteilt. Mit unerbittlicher Hand begann die Gegenreformation ihr Bekämpfungswerk. Sie tauchte den um, der das Land nicht verlieh, mit derselben Hand, mit der sie hohe Geldbußen von den Städten eintrieb, und Bauern und Gutsbesitzer von den Höfen jagte.

Damals wanderten die Befenner des evangelischen Glaubens in dichten Scharen aus. Mehr als 30 000 böhmische Familien verließen das Land. Es waren zumeist Adlige und Bürger, während die Bauern in ihrer Not sich unterwerfen mußten. Unter den Emigranten befand sich der große tschechische Humanist Comenius. Zu Tausenden zogen sie über die Grenze nach Deutschland, und in der nächsten Nähe von Berlin, in Kirchhof, dem heutigen Reutheim, sind die böhmische Kirche und der böhmische Gottesacker mit seinen tschechischen Grundsteinen Stätten, die an die tragische Auswanderung erinnern.

In der Zeit nach der Schlacht am Weißen Berge, nach dem grauenamen 21. Juni 1621, lernte das tschechische Volk die Habsburger kennen. Es nähte volle drei Jahrhunderte diesen Haß, und obwohl die Gegenreformation in den böhmischen Ländern gründliche Arbeit verrichtete, so ist dort der revolutionäre Geist gegen die Habsburger niemals ausgeblieben. Die Vergeltung erlebte das Herrschergeheimt erst im Weltkriege.

Eine Elefantentreibjagd.

Die Treibjagden, bei denen wilde Elefanten mit Hilfe abgerichtetener Lodelefanten lebendig erlegt werden, finden sich nur noch selten fast und wenige Herde haben dieses eigenartige und spannende Schauspiel beobachtet. Deshalb besitzt die Schilderung besonderes Interesse, die ein Teilnehmer an einer Jagd auf Ceylon abgehaltenen Elefantentreibjagd in der „Daily Mail“ entwirft. Zunächst wurde in dem Nordwestteil der Insel ein ungünstiger Kral errichtet, in den die Elefanten hineingetrieben wurden; die Erlaubnis, der Jagd beizuwohnen, wurde nur wenigen Bevorzugten erteilt. Man hatte für die Umzäunung einen passenden Platz im Herzen des Dschungels ausgewählt und dann Treiber ausgesendet, um ein paar Elefantenherden anzuführen. Eine drei bis vier Wochen vor dem eigentlichen Jagdtage

Durch Selbstmord endeten 3 Personen, weitere 3 fielen Unglücksfällen zum Opfer.

Warnt die Kinder! In trockenen Sommern werden Kratzen öfter häufiger anzutreffen sein und bilden dann eine Gefahr für Waldwanderer und Beerenpflücker. Deshalb müssen Kinder besonders belehrt werden, damit, wenn sie von diesem giftigen Kratzen gebissen werden, sie zu helfen wissen. Bei Bissen von Kreuzottern soll sofort die Wunde ausgelaut werden. Der Helfer darf aber keine Wunde im Munde haben, da sonst er sich verkräften würde! Jeder Riß in der Lippe z. B. ist dabei ebenso gefährlich. Wenn das Auslagern nicht möglich ist, soll man die Stelle mit einem Band abbinden, damit das Blut, welches von dem Schlangengift injiziert ist, nicht seinen Kreislauf durch den Körper machen kann. Auf alle Fälle sollen die Personen, die von Schlangen gebissen worden sind, sich auf dem schnellsten Wege zum nächsten Arzt begeben!

Erholungsanfechtung für Kinder im Harz. Das Jugendamt schreibt uns: Vom 2. August an haben wir noch Plätze in einem Kinderheim in dem schönen Harzburg für 6 Wochen abzugeben, zu 14 M. den Tag bei sehr guter Verpflegung. Allen Eltern, die zur Kräftigung der Gesundheit ihrer Kinder vor Eintritt der rauhen Jahreszeit noch etwas tun möchten, kann nur geraten werden, von diesem günstigen Angebot Gebrauch zu machen, da der Herbst im Harz besonders schön und kräftigend ist. Baldige Meldung ist aber erwünscht, da nur noch wenige Plätze zur Verfügung stehen. Alles Nähere auf dem Jugendamt, Parade 1, Zimmer 18, Dienstags, Donnerstags und Sonntags von 10—12 Uhr.

Das Mädel vom Ballet. Die Direktion der Stadttheater Lichtspiele wartet diese Woche mit einer außerordentlich zugkräftigen Neuerung auf: sie bringt einen originellen Kabarettfilm, „Das Mädel vom Ballet“, und nennt das Ganze ein köstliches Spiel. Und in der Tat haben hier die Filmfabrikanten ein lustiges Stück geschaffen, an dem man seine helle Freude haben kann. Es sind heitere Szenen aus dem Theaterleben, in denen neben der jungen Tänzerin (Ditt Oswald) Harry Weible als Intendant des Hoftheaters den Ton angibt, sowie zwei Lebensmänner (Viktor Janßen und Reihg. Schünzel) ausgiebig für Humor sorgen. Die erklärenden Beschreibung sind in knappen und vor allem schürrenge Sätzen auf das Projektill gemessen. Sämtliche Mitwirkende sind erstklassige Filmkräfte. Die Hauptrolle dieses Theaterstückes bilden jedoch die Gesangs- und Tanzszenen der beiden Künstlerinnen Liefel Schmitz und Langenlinden und Gertrud Riedel. Frau Schmitz-Wiebig ist ein Lübecker Kind und wirkte vor wenig Jahren im Balletcorps des Lübecker Stadttheaters mit, wo sie sich als talentierteste Ballettänzlerin hervorheben machte. Heute zählt die schlankegewachsene und feingebaute Künstlerin schon zu den ersten Kräftigen. Ihre Darbietungen gewährten großen Genuß. Frau Schmitz-Wiebig wartete zuerst mit einem orientalischen Tanz auf und beglückte dann durch einen schelmisch-neddennden Epikentanz die menschenvolle Stadttheater so vollkommen, daß der Beifall sie zu einer Wiederholung herausforderte. Ein hundertwechsellndes Farbenspiel erhöhte den Reiz des Gebotenen. Als herzhaftes Kabaretttänzerin gab sich Gertrud Riedel, die mit Frau Schmitz-Wiebig aus Berlin hierher kam und mit der sie auch einen Auftritt zusammen bestritt. Ihr brasilianisches Wiegenlied und die Bitte an den Storch sprachen gut an. Ebenfalls darf man sich das Mädel vom Ballet mit den Kabarettstücken spielen, gerne ansehen, und wir sind sicher, daß es niemanden weh tun wird. Die Tragödie „Judith Trachtenberg“, nach einem Roman von Karl Franzos, der vor Jahren im Lübecker Volkstheater erstrahlte, fesselt durch ihren ernsthafte Inhalt, durch die Art der Darstellung erster Künstlerinnen und die Klarheit der Bilder. Weiter, weist der Spielfilm noch aus der Serie Städtebilder einen Auschnitt von Potsdam und Umanagend auf, in dem die alte Fürstenthümlichkeit durch eine Reihe Titulüberschriften in Erinnerung gebracht wird.

Alte Heiligenbilder. Im Schaufenster der Kunsthandlung Ludwig Müller in der Mühlensstraße sind gegenwärtig zwei Werke mittelalterlicher Bildhauerkunst ausgestellt. Die Wäffchen stellen die Kirchenheiligen Maria und Johann es dar, und stammen aus einer mecklenburgischen Kirche. Die Bildwerke waren sehr alterschwach gewesen und sind nun in der Kunstbildhauerei von S. Dähn in der Dankwartstraße wieder in Stand gesetzt worden. Der hiesige Maler Roth hat den Figuren einen belebenden Farbenstrich, der dem antiken Wert trotz dieser Neuerung Geltung verschafft.

Stadttheater. Auf die Erstaufführungen des spiritistischen Schwankes „Die Seele schwinget sich“ sei nochmals hingewiesen. Am Mittwoch, dem 20. Juli, wird im Stadttheater zum 1. Male „Jaz und Zimmermann“ gegeben, in den Kamerapfeilern „Der lächelnde Knabe“, Scherzspiel aus alten Tagen von Max Dreger.

wurden die Herden bereits von 4000 Treibern umstellt, die sie allmählich immer näher an den Kral herantrieben und an diesen Weideplatz gewöhnten. Die auseinanderene Stelle, vier Kilometer innerhalb des Dschungels, wies ein ansteigendes Gelände, einen Teil zum Trinken und untersehten Urwald auf. Der Jaun bestand aus mächtigen Baumstämmen, die in den Boden gerammt und durch dicke Querschnitte verstärkt waren. Um 1 Uhr morgens nahme die Zuschauer schweigend ihre Sitze auf einer Tribüne an einer Seite der Umzäunung ein; zu ihrer größeren Sicherheit waren sie durch eine zweite Armee von Treibern gedeckt. Lange mußte man warten. Da plötzlich drang ein fürchterliches Getöse von Rußen und Schüssen an unser Ohr, und dann sah man riesige schattenhafte Umrisse aus dem Dickicht hervortreten und hörte das Geräusch niederbrechender Bäume, während die erschreckten Elefanten aus dem offenen Dschungel in das Gefängnis getrieben wurden, von dem sie keine Ahnung hatten. Nun begannen die Lodelefanten ihre Arbeit. Geführt von einem Veteranen, von Billigama, dem größten und stärksten Elefanten in Ceylon, drangen die sieben Lottiere in die Umzäunung, und dann wurden die Tore geschlossen. Das Dschungel durchbrechend, umringten die Lottiere die gefangene Herde der 39 wilden Elefanten, die durstig an dem Leiche tranken. Zwei Mahauts waren auf dem Rücken jedes Lodelefanten; unter jedem dieser gewaltigen Körper stand ein Lassoferant, das eine Ende des aus Tierhaut gefertigten Kalfstricks in der Hand, das andere Ende war an dem Lottier befestigt. Langsam kroch der Lassoferant näher, und wenn einer der wilden Elefanten einen Hinterfuß aufhob, so warf er ihm unbemerkt den Lasso um den Fuß und floh dann für sein Leben. Das Lottier zwang dann den so an ihn gefesselten Kameraden gegen einen Baum und hielt den wütend gewordenen Sohn des Dschungels fest, während die Treiber seinen Körper mit Striden umbanden und an den Baum fesselten. Ein wütender Kampf entspann sich, bei dem der Gefangene wild um sich schlug und angstvoll trompetete, während die jüngsten Genossen sich gehorsam um ihn versammelten, ihn mit ihren Leibern bedrängten und mit ihren Köpfen trieben. Endlich ist er gefesselt und wehlos; er strampelt und wälzt sich, bis er ermüdet liegen bleibt. Die Lottiere haben sich bereits einem anderen Elefanten zugewendet, der ebenfalls auf diese Weise befestigt wird. Schließlich werden dann die einzelnen gefangenen Tiere, in ihr Schicksal ergeben, zwischen den Lodelefanten aus der Umzäunung herausgeführt in die Gefangenschaft.

Sankt-Theater. Das morgen Dienstag, Mittwoch und Donnerstag stattfindende Gastspiel von Edgar Baulig, vom Metropol-Theater, Berlin, in dem lustigen Schwanke „Die verschwendung Pauline“ wird beim Publikum gewiß großes Interesse erwecken, da Edgar Baulig eines der besten Theaterregisseure während seiner Tätigkeit am Stadttheater war. Heute Montag wird „Die Scheidungsbriefe“ zu halben Preisen gegeben.
pb. Festgenommen wurde ein hier auf der Durchreise sich befindender schwedischer Matrose, der aus dem Hotel, in dem er übernachtet hatte, ein Rindfleisch gestohlen hatte. Außerdem hatte er sich unter Vorbiegung falscher Angaben von einem Bekannten 150.— Mkr. erschwindelt.
pb. Diebstahl auf einem Friedhof. In letzter Nacht sind von Gräbern des Friedhofes in Klee- u. Mienborn zwei Kupferplatten mit Inschrift gestohlen worden.
Badeanstalt Falkenbamm. Wasserwärme am 18. Juli morgens 6 Uhr 22°; mittags 12 Uhr 22° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Frick Schrader gestorben. Frick Schrader der langjährige Vorsitzende des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, ist am 15. Juli im Barmbecker Krankenhaus im Alter von 68 Jahren einem schweren Gliedmatrassentod erlegen. Schrader war Vorsitzender des Zimmererverbandes seit 1890. Unter seiner Leitung ist der Zimmererverband zu einer der stärksten Berufsorganisationen geworden, an dessen innerer und äußerer Entwicklung er hervorragenden Anteil hat. Auch um die internationale Zimmerer-Bewegung, deren Sekretär er seit 1903 war, hat sich Frick Schrader Verdienste erworben. Auf allen gewerkschaftlichen Tagungen, auf den deutschen und teils auch auf internationalen Gewerkschaftskongressen ist Frick Schrader vertreten gewesen, hat er mitgewirkt und mitgearbeitet zum Gelingen des Ganzen. Er war Mitglied des Vorläufigen Reichspfleger-Rates seit Schaffung dieser Einrichtung, und er gehörte seit 1911 als Mitglied der Hamburger Bürgerchaft an.

Hamburg. Steuer auf Motorfahrern. Das Hamburger Staatsparlament genehmigte endgültig den Antrag des Senats, für alle Motorfahrzeuge auf der Motor eine Steuer von 100 Mkr. je Fahrzeug und Jahr zu erheben. Geht ein solches Fahrzeug im Laufe des Jahres auf einen anderen Besitzer über, so hat er die Steuer von neuem zu bezahlen. Ausgenommen von der Steuer sind die sportmäßigen Leihungs- und Rennboote, sowie die von Bootsvermietern gewerkschaftlich gehaltenen Fahrzeuge. Betroffen werden vor allem die an Zahl immer mehr zunehmenden Hodelboote, Kanus usw., die nach Ansicht der Stadtväter der sportlichen Wertung entbehren. — Auch in Lübeck nimmt die Zahl dieser Motorfahrzeuge stark zu.

Milch. Errichtung einer Zentralfabrik für Milchverteilung. Im Gange nehmen mit den in Betracht kommenden Organisationen Milchverteilern, Meiereien und Milchhändlern ist von dem Schleswig-Holsteinischen Milchwirtschaftlichen Landesverband eine Zentralfabrik für Milchverteilung eingerichtet, die allmonatlich auf Grund der Hamburger Futtermittelverteilung den Milchpreis zu errechnen und ihn den beteiligten Kreisen bekanntzugeben hat. Bei der nachstehenden erstmaligen Berechnung sind die Produktionsergebnisse vom 1., 8. und 15. Juni berücksichtigt worden. Der künftige Milchpreis soll den 10. Teil des Durchschnittspreises der Hamburger Futtermittelverteilung betragen. Für Hamburg ist der Bruttopreis für Milch und die anderen Städte Schleswig-Holsteins der Nettopreis in Aussicht gebracht. Darnach beträgt der Erzeugerpreis für die Zeit vom 1. bis 31. Juli 1921: a) für Hamburg und Nachbarstädte (frei Hamburg) 1,88 Mkr.; frei Händlers Gew. 1,99 Mkr.; Meiereimilch 2,09 Mkr.; b) für Kiel und sonstige Städte Schleswig-Holsteins (frei Versandstation bezw. frei Meierei) 1,79 Mkr.

Schwerin. Milch und Butter wieder teurer. Die Notierungskommission der Milchwirtschaftlichen Zentralfabrik in Gütrow schreibt: „Durch die ganz enorme Trockenheit und die hierdurch hervorgerufenen sehr hohen Futtermittelpreise sah sich die Notierungskommission leider veranlaßt, die Butter auf 23,50 Mkr. in der Tonne, 26 Mkr. im Kleinhandel für 1. Qualität, 22 Mkr. in der Tonne für 2. Qualität und die Milch auf 2,40 bis 2,60 Mkr. per Liter festzusetzen. Dieses war um so nötiger, da sowohl Mecklenburg von Milch und Butter entsetzt werden würde.“ — Natürlich, die Herren brauchen nur zu diktiert. Die Zahlungsfähigen werden sich die besten Nahrungsmittel doch nicht vorerkhalten und die Wehrtaugliche schon abzumäzen verstehen. Wie sieht es aber mit der Erhöhung der Löhne und Gehälter aus? Ja, Bauer, das ist etwas ganz anderes. Dann wird von schon zu hohen Löhnen der Beamten und Arbeiter gesehelt.

Schwerin. Schwerin ohne Kino. Schon im Juni hörte man in unserer Stadt von der Schließung der hiesigen Kinos infolge der hohen Lichtversteuern. Vom vergangenen Freitag ab halten sämtliche hiesigen Lichtspieltheater ihre Pforten „bis auf weiteres“ geschlossen.

Laage. Zwei Kornmieten niedergebrannt. In Striesdorf brannten 2 Mieten mit ca. 100 Fuder Wintergerste nieder. Kurz vor Feterabend entstand das Feuer durch Funkenschlag des Motors im Östertreiber. Dieser sowie die halb fertige Miete standen sofort in Brand. Die Arbeiter konnten sich noch durch Abspringen von der Miete retten. In demselben Augenblick fing auch die fertige Miete nebenan, die ca. 60 Fuder enthielt, Feuer. Die Mieten enthielten ca. 1500 Zentner Korn.

Gewerkschaften.

ADWB gegen Gompers.

Die deutschen Arbeiter und die Schuld am Kriege. Amerikanische Blätter, die kürzlich hier eintrafen, brachten einen Bericht aus Denver vom 14. Juni, der folgendes besagte: „In einer Ansprache an den amerikanischen Gewerkschaftsbund, der hier gestern tagte, sprach Präsident Samuel Gompers die Schuld am Weltkrieg auf die Schultern der organisierten deutschen Arbeiter.“ Ich übernehme die volle Verantwortung für das, was ich sage“, erklärte Gompers, „daß nämlich die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands in der kritischen Stunde schamhaft versagte. Wenn sie Hört der Situation gelieben wäre, so hätte das vielleicht den Untergang von ein paar Tausend bedeutet, aber der Krieg wäre zu Ende gewesen. In einer kritischen Zeit versagen bedeutet, der gemeinsamen Sache anteu werden. Sie wissen, daß die amerikanische Arbeiterbewegung große Opfer für diese Sache gebracht hat, und Sie wissen, daß auch ich bemüht war, voll meine Pflicht zu tun, und daß, an dem Tisch der Friedenskonferenz von Weisheit nicht viel zu spüren war. Ich glaube, die meisten Leute, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, werden mit meinem Urteil übereinstimmen.“

Zu den befreundeten Delegierten aus England und Kanada sagte Gompers: „Wir waren mit Euch und mit den verbündeten demokratischen Nationen im Krieg willkommen, und solange wir im Krieg waren, zahlten wir voll dafür. Wir haben nichts getan, um wesentliches zu tun, besonders zühnen mußten, aber wir haben auf Ihre Hilfe, unser Haupt schwach zu verfallen. Das Traurige bei allem war, da, als die Stunde der Entscheidung kam, einige von denen, die humanitäre Einrichtungen abgegeben hatten, versagten.“

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat durch Vermittlung von „Associated Press“ folgenden Antwort darauf nach Amerika gelangen lassen:
Die deutschen Arbeiter haben ebenworts Urtat, ihre Häupter in Scham zu verfallen, wie die amerikanischen Gompers' Behauptung, die deutschen Arbeiter hätten durch das Lebensopfer eines Tausend der Ihren den Weltkrieg verhindern können, zeigt einen überraschenden Mangel von Verständnis für die europäischen Verhältnisse. Durch ein solches Verhalten hätten die deutschen Arbeiter nur den Namen des Helden des Tages nach Berlin geschickt. Ein Frieden noch schlimmer als der von Versailles, eine furchtbare Anechtung ganz Europas wäre die Folge gewesen.

Die deutschen Arbeiter haben sich nur zu dem Zweck an dem Krieg beteiligt, eine vollständige Niederlage Deutschlands und einen Sieg des ostentativ imperialistischen Imperialisismus zu verhindern. Sie wollten eine rasche Beendigung des Krieges durch einen Frieden der Verständigung.

Während des Krieges waren sie — sie geben zu, mit unzureichendem Erfolg — bemüht, die Grauel des Krieges zu mildern. Sie widersetzten sich vergeblich der Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges, aber die Einstellung der belgischen Deportationen ließen sie durch. Jetzt haben sie Deutschland veranlaßt, die furchtbaren Kosten des Ultimatus auf sich zu nehmen, um durch dieses ungeheure Opfer den wahren Frieden wiederherzustellen. Sie kämpfen gegen die nationalstische Politik der Repavand, für Demokratie und einen wirklichen Friedenszustand. Sie wüßten sich glücklich schätzen, wenn die amerikanischen Arbeiter auf ungerade Normen über Verzögerung verzichteten und sie in ihrem Bestreben kameradschaftlich unterstützten.

Reichsabteilung der Seelente — Mann über Bord. Das Mitteilungsblatt des Deutschen Transportarbeiterverbandes bringt in der Juliangabe einen eingehenden Bericht über die Nachschiffen Paul Müller und Genossen. Wir entnehmen ihm folgende Tatsachen: Die gesamte Reichsabteilungsleitung der Seelente ist am 1. Juli zurückgetreten. Paul Müller hat gleichzeitig seinen Austritt aus der Organisation erklärt, während die beiden Angestellten J. Lorenz und R. Hüner ihre Kündigung einreichten. Damit ist hoffentlich der Schlußstrich unter eine Ungeheuresheit gezogen, die für die größere Öffentlichkeit am 2. Juni mit der Rede Müllers für die „raune“ schwarz-weiß-roten Handelsflagge begann und die uns als Organisation in den vier Wochen stark geschwächt hat. Wer unsere seemannische Bewegung aufmerkamer verfolgte, wem bekannt ist, daß über so manche schwarz-weiß-rote Engländer Müllers der Berliner Koalition einen bitteren Streich gemacht hat, der weiß, daß jene Rede, die Müller am 2. Juni in der Hamburger Börse hielt, nur der letzte Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte, bringen mußte. Inmitten einer Reihe von mehr oder minder reaktionären Vereinen protestierten auch einige seemannische Ortsorganisationen unserer Organisation, die auf Vorhalt sämtlich erklärten, durch Müllers irreführt zu sein. Sie haben ausnahmslos ihre Zustimmung zurückgezogen, als sie aus der Tagespresse erfuhr, um was es in Hamburg eigentlich ging. Müller wußte, daß die Organisationsleitung und die Mitglieder des Verbandes gegen die Beteiligung des republikanischen Abgeordneten in der blutigen Kaiserflagge waren. Die Streichung seiner Begeisterungsnotizen für die Parteiführer der Reaktion durch die Berliner Redaktion der „Schiffahrt“, die persönliche Warnung durch unseren Vorsitzenden, Kollegen Schumann, die Mahnung des „Comiters“ an die Seelente, daß sie nicht durch den Flaggenrummel einfangen zu lassen, hätte einem so klugen Menschen wie Müller sagen sollen, daß er das Opfer einer sein eingeschobenen deutschen nationalpolitischen Intrigue sei. Nach dem Müller seine Rede hielt, hat beim Verbandsrat ein Protest gegen seine Teilnahme an dem Hamburger Komitee ein. Die Ausschlussanträge mehrteten sich. In einer Vorstandssitzung suchte sich Müller zu verteidigen. Kollege Schumann wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß es sich um nichts anderes als einen politischen Streiflicht handle, und daß die seelente Art der Müllerschen Geschäftsführung die Organisation und die Seelente schwer geschädigt habe. Müller forderte u. a. die sich „ihre Verantwortung bewussten“ Seelente auf, nicht die „unreine Handelsflagge“ zu hissen. Das bedeutet den Streik; wahrscheinlich seien aber die Seelente viel zu vernünftig, um solche Redensarten hinzuzufallen. In seiner Verteidigungsrede hatte Müller noch betont, daß er Mitglied der Partei und der Gewerkschaft bleibe, wie die Entscheidung des Vorstandes auch falle. Zwei Stunden später schied Müller aus dem Verband. Wer so leicht eine 25jährige Arbeit im Dienste der Organisation preisgibt, beweist nur, daß er mit der Gewerkschaftsbewegung — und da der Mann ebenso leicht aus der Partei schied — mit der Arbeiterbewegung überhaupt innerlich längst zerfallen war.

„Der Achttundentag ein Luxus.“ Die Unternehmer fühlen sich gegenwärtig ebenworts. Die Arbeitslosigkeit ist so groß, daß die gewerkschaftlichen Organisations wirtschaftliche Kämpfe nur unter außerordentlich erschwerten Umständen führen können. Das hat den Unternehmern den Kamm noch weiter schwellen gemacht. Was die Unternehmer wünschen und wollen, vertritt die „Deutsche Arbeiterzeitung“, indem sie schreibt:

„Am beim Export konkurrenzfähig zu sein, müssen wir unsere Waren neben überlegener Güte mindestens um so viel billiger herstellen, als wir sie auf ihnen haben. Dazu ist neben Verbesserungen technischer und organisatorischer Art unabwendbar, daß für den Tagelohn länger gearbeitet und mehr geleistet wird als bisher. Wie weit außerdem noch eine Herabsetzung der Löhne erforderlich und auf Grund der Kosten der notwendigen Lebenshaltung nötig sein wird, kann erst die Zukunft lehren. Jedenfalls ist der Achttundentag in seiner jetzigen Allgemeinheit ein Luxus, den sich ein mit solchen Kosten besetztes Volk wie wir nicht leisten kann, um so weniger, als andere in sehr viel günstiger Lage befindliche Völker nicht daran denken, ihn einzuführen.“

Für den Tagelohn länger arbeiten; außerdem Herabsetzung der Löhne überhaupt. Der Achttundentag ein Luxus. Das sind die Gedankenänge der Unternehmer, die sie lieber heute als morgen, in die Tat umsetzen möchten. Der Achttundentag ein Luxus! Das wagen die Unternehmer zu sagen in einer Zeit, in der die Zahl der Arbeitslosen und infolge Arbeitsmangels weniger als acht Stunden Arbeitenden in die Millionen geht. Was kümmert sie Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenelend! Sie murken nur darüber, daß zur Unterstützung dieser Opfer der gegenwärtigen Wirtschaftsweise Gelder aus öffentlichen Mitteln aufgewendet werden müssen. Für sie dreht sich das ganze Wohlgeschick der Völker nur um ihre Profitinteressen. Die Arbeiterchaft aber wird sich den Achttundentag nicht rauben lassen.

Aus aller Welt.

Waldbrand bei Wuzlan. Ein großer Brand verheerte Freitag vormittag auf Rindener Gebiet unweit des Wuzlaner Stadthortes 400 Morgen Wälder an Wald. Samstag morgen überete der Brand neudienst auf und nimmt eine gewaltige Ausdehnung an. Wälder konnten noch nicht gelöscht werden.

Schlaganfallschand und Verleumdung — oder: wie man Millionen macht. Vor der 2. Sitzungsperiode des Landgerichts I sollte Freitag der Prozeß gegen den Vorbesitzer Edmund Arzegg aus Hamburg beginnen. Die Anklage legt dem Angeklagten zur Last, mit einer großen Anzahl von Einbürgern in Wetzlar und in Charlottenburg in Verbindung zu stehen, die denen es bei der letzten Wahlen auf eine Verleumdung sowie Geld- und Silbersachen abgehen hatten. Der An-

geklagte hat ein recht wechselvolles Leben hinter sich. Während des Krieges war B. Chauffeur des damaligen Vizerepräsidenten des Reichstages Bayer. Zu gleicher Zeit betrieb Preuß mit einem unter dem Namen „Afa“ bekannten Profiteur in einem Keller in der Wilhelmstraße 3a eine Schlaganfallfabrik. Da die „Schlaganfälle“ aus Leim, Gelatine, Quillula, Mastix und Wasser bestand, warf dieses Geschäft, welches mit 500 Mark gegründet wurde, in wenigen Monaten einen Verdienst von 225 000 Mark ab. Wie die Anklage behauptet, soll B. mit diesem Gelde sich als Engroskäufer betätigt und in kurzer Zeit etwa eine Million Mark verdient haben. Im Oktober 1919 kaufte er die Villa des früheren Oberstaatsanwalts in Düsseldorf für 220 000 Mark, um darin einen Spielklub einzurichten, der ihn, ehe er ausgehoben wurde, ebenfalls viele Hunderttausende einbrachte. Mit diesem Geld kaufte der Angeklagte in Hamburg eins der größten Bordelle, welches ihm in jeder Nacht 15 000 Mark einbrachte. Schließlich betrug das Vermögen des ehemaligen Chauffeurs etwa 4 Millionen Mark. Nunmehr wurde die Kriminalpolizei aufmerksam und nahm eine Hausdurchsuchung vor, bei der 17 wertvolle Wertgegenstände, mehrere Koffer mit Silber- und Goldsachen beschlagnahmt wurden. Preuß, der gegen eine hohe Kaution auf freiem Fuße belassen worden war, bestreitet jede Schuld, so daß zahlreiche Zeugen von außerhalb geladen worden sind. Die Verhandlung mußte jedoch in letzter Stunde vertagt werden, da die Verteidiger geltend machten, daß Preuß, der im Kriege einen Stich in den Kopf erhalten hatte, an schweren Krampfanfällen leide und zurzeit nicht verhandlungsfähig sei.

Unterschlagungen. Die Feststellungen des Berliner Magistrats über die Tätigkeit des in Wildbad verhafteten Dr. Rodolf, als Dezernent der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, ergaben, daß er während seiner Amtstätigkeit große Unterschlagungen und Fälschungen begangen habe. Er vernichtete eine größere Summe der Ludendorff-Spende und wußte sich durch Verlegung von Kriegsbeschädigten über seine eigene Verlan Anspruch auf eine hohe Rente mit hohen Prozentsätzen zu sichern.

Unterschlagungen bei der Leipziger Straßenbahn. Bei der Verwaltung der Großen Leipziger Straßenbahn sind große Unterschlagungen vorgekommen. Ein Lohnbuchhalter hat im letzten Jahre durch Fälschung der Lohnlisten einen erheblichen Betrag an Erlösen gemußt und zu seinem Nutzen verbraucht. Der ungetreue Beamte wurde jetzt verhaftet.

Eine vergarbene Millionente entdeckt. Die Danziger Polizei hat dieser Tage eine vergarbene Millionen-Diebesbeute entdeckt. Für die polnische Regierung war im April dieses Jahres aus England mit einem dänischen Dampfer ein Geldtransport nach Danzig angekommen, der hier umgeladen und nach Warschau weiter geleitet werden sollte. Es handelte sich um die neuem, noch nicht im Umlauf befindlichen Gulden, die in England für Polen hergestellt worden sind. Das Geld wurde aber gestohlen. Es ist jetzt gelungen, die Diebe zu ermitteln und zu verhaften. Es sind ein dänischer Stanzangehöriger und ein Danziger Bewohner, die beide damals zur Schiffbesatzung des dänischen Dampfers gehörten. Beide legten auch nach längerem Leugnen ein Geständnis ab. Sie gaben zu, daß Geld bereits während der Verladung gestohlen zu haben.

Zur Ermordung der beiden Bürgermeister. In der Untersuchung gegen den des Raubmordes verdächtigen Esfert haben sich neue Momente ergeben, die ihn als Mörder der beiden Bürgermeister auf neue schwer belasten. Da immer noch wichtige Beweismittel der beiden Bürgermeister fehlten, hatte der Untersuchungsrichter in Jiegenhain eine eingehende Untersuchung des Hauses, in dem Esfert wohnte, vornehmen lassen. Hierbei wurden in einer alten Truhe, die unter dem Dache stand, noch mehrere Gegenstände gefunden, die den beiden Bürgermeistern Busse und Berner gehörten. Darunter befanden sich eine goldene Uhr und silberne Reste von Berner, ferner die Briefschiffe mit einem Betrage von 1000 Mkr. in Scheinen. Trotz dieser Beweismittel leugnet Esfert die Tat nach wie vor hartnäckig. Er erklärte, diese Gegenstände in dem Schnellzug Würzburg-Heidelberg von zwei Unbekannten erhalten zu haben.

Ein märkisches Sägewerk eingeschifft. Durch ein großes Brandunfall ist in Hohenlychen in der Uckermark eines der größten Sägewerke Norddeutschlands mit sechs Gattern betroffen worden. Das Werk, das der Firma Varnemith gehörte, ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Raketenexplosion auf dem Main. Zehn französische Soldaten schwer verwundet. Bei der Feier des französischen Nationalfestes am 14. Juli durch die französischen Besatzungstruppen fiel beim Abfeuern von Raketen eine abgeschlossene Rakete auf das zur französischen Rheinflotte gehörige Schiff „Reinhold“ und verursachte eine Explosion von etwa zweihundert dort lagernden Raketen. Dabei wurden laut „Echo du Rhin“ zehn französische Soldaten sowie ein Offizier schwer verwundet. Auf dem Schiff brach Feuer aus, das indes bald gelöscht werden konnte. Mehrere Verwundete sprangen in das Wasser, wurden aber gerettet.

Im Auto durch die Sahara. Nachdem im vorigen Jahre der Versuch französischer Polizeifahrzeuge, die Wüste Sahara zu übersteigen, mit einer Katastrophe geendet hatte, ist es jetzt französischen Automobilisten gelungen, die 1864 Meilen weite Strecke von Algier nach Tamakasset in einem Monat ohne Motorhaben zurückzulegen. Vorher waren durch Lastautomobile längs der Fahrtrichtung Benzin- und Nahrungsmittelstationen angelegt worden. Die Vorderräder der Automobile trugen doppelte Luftreifen, um das Verladen der Wagen im Sande zu verhüten und um eine größere Elastizität bei den Fahrten über die felsigen Teile der Strecke zu erzielen. Die Kamele sind also in ihrer Alleinherauschaft über die Wüste Sahara ernstlich bedroht.

Ein furchtbarer Waldbrand wütet in der Nähe von D. L. L. (Schweden) seit Tagen mit unverminderter Stärke. Das Feuer breitet sich auf einer Front von 5 bis 6 Kilometer aus und verwüstete bereits ein Waldgebiet in der Tiefe von 10 Kilometer. Auch in der Gegend von Elmhult entstand ein großer Waldbrand.

Ende der Hitzeperiode in England. Nach mehr als zweitägiger Hitzeperiode ist heute eine Abkühlung eingetreten; in London und in verschiedenen Teilen Englands traten Regenfälle ein.

Der Luftweg Bagdad—Kairo ist eröffnet. Vor zwei Tagen haben Flugzeuge die gesamte Entfernung in 11 Stunden zurückgelegt.

Furchtbares Erdbeben in China. Nach dem „Matin“ hat in den chinesischen Bezirken Kansu und Chanxi ein Erdbeben stattgefunden. Nach bisherigen Meldungen sollen dabei 8000 Menschen umgekommen sein.

Theater und Musik.

Die Hofoper. Operette von Leon Zell L. Nach kaum sieben Wochen Ferien hat unter Stadthaupter am Sonntag seine Pforten zum neuen geöffnet. Da ein recht beträchtlicher Teil der Bevölkerung sich auf Ferienurlaub befindet, ein anderer Teil sich am Gestade der Plätze erging, am Montag gegen die folgenden Stühlen der Julianna zu suchen, war der Besuch dieser ersten Vorstellung noch recht mangelhaft. Gegeben wurde Leon Zell L. Operette, zu der am wiederum, die schon beim „Schwarzwaldbundel“ August Reiback den Text ge-

gelieben hat. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch die „Postmeisterin“ langlebiger sein wird. Man muß es Jettel, der ja in Lübeck kein ganz Unbekannter ist und aus seiner einstigen Bekanntheit als Kapellmeister und Musiklehrer noch zahlreiche Verehrer besitzt, zum Nachruhm nachtragen, daß er sich auch in der „Postmeisterin“ als starker Künstler offenbart. Er verknüpfte es, in die Niederungen der eben und klüden Tanzoperette mit ihren Klängen hinabzuführen. Wie schon im „Schwarzwaldbühnen“, so zeichnet sich auch in der „Postmeisterin“ keine musikalische Sprache durch einen warmblütigen und anheimelnden, manchmal sogar fast volkstümlichen Ton aus. Auch die Behandlung des Orchesters weist auf einen Musiker von vielen Gaben hin. Alle Vorbereitungen für die von allen Seiten sehrwünschliche Spieloper sind bei ihm gegeben. Vielleicht gelangt Jettel doch noch einmal dieser großen Musikwelt, dem eine Episode aus dem Liebesleben des preußischen Prinzen Louis Ferdinand, des „tolle Prinzen“, zugrunde liegt, ist zwar weniger gut geraten wie der zum „Schwarzwaldbühnen“, hält sich aber immerhin fern von den Missangelegenheiten und Verwicklungen, denen man sonst gemeinhin in der neueren Operette zu begegnen pflegt. Und was sonst in der Operette von heute so höchst selten der Fall ist: man kann sogar von einer Art Handlung sprechen, die wie ein roter Faden das Ganze durchzieht. Der starke Erfolg, den die Operette im Stadttheater erzielte, ist nicht zum geringsten Teile auf die hervorragend gute Wiedergabe zurückzuführen. Die neuen Herrschaften führten sich, mit verschwindenden Ausnahmen, auf das allerbeste ein. Die Titelrolle, die Postmeisterin, sang Lola Buch. Sie führte uns schmerzlich zu Gemüte, was wir an Elsbriede Hentrich, der Klängen und Schanzmatten, verloren haben. Stimmlisch nicht unbedeutend, war das Spiel zu wenig temperamentvoll. Man wird abwarten müssen, wie sich die Dame weiter entwickelt: hoffentlich ist auch die verhältnismäßig neue vorübergehende Erscheinung. Den Prinzen Louis Ferdinand gab Gerrit W. J. Er, der, so viel wir wissen, als lyrischer Tenor verpflichtet ist. Er sang und spielte ganz ausgezeichnet, so daß er beim Publikum die denkbar beste Aufnahme fand. Gut führte sich auch der neue Spieltenor, Max Hermann als Fritz ein. Sein lebhaftes, munteres Spiel, das sich von Mätzchen fernhielt, fand eine Parallele in der entsprechenden gelingenden Fassung. Nebenbei erwies sich Max Hermann auch als ein geschickter Stratagist; denn er war es, der die gelungene Aufführung als verantwortlicher Leiter zeichnete. Mit unserem Urteil über die anderen neuen Kräfte, die somit noch herausgestellt wurden, wollen wir vorläufig noch zurückhalten. Die Kontränne ihrer Persönlichkeiten zeichnete sich nicht stark genug ab. Von unseren alten Kräften wirkten mit: Elsa Buchholz (Frau Wieser), die in einem Anknüpfungspunkt und auch sonst von jener herzergreifenden Natürlichkeit war, die wir an dieser jungen Sängerin seit Jahren besonders hoch zu schätzen wissen; Willi Walter-Böhne, der als Keremias drastischen Humor einwirkte und Emma Opel, die als Karoline wie stets ganz ausgezeichnet war.

Lübecker Volksboten

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Garten- und Vergnügungstotalen in Lübeck als auch in den umliegenden Ortschaften ausdrücklich den

Lübecker Volksboten

zu verlangen. Die kommende Urlaubs- und Ferienzeit bietet Gelegenheit, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des „Volksboten“ in allen Verkehrsstätten zu veranlassen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten
Johannisstr. 46. Fernruf 926.

Die geschmackvolle Einrichtung der Bühnenbilder stammte von dem Betriebsinspektor Ludwig. Das Stücken führte Herbert Walter. Der anscheinend noch recht jugendliche Kapellmeister erfreute durch eine krasse musikalische Linienführung. Neben dem schon erwähnten Kuppel fand noch das Quartett „Reich“ mit die „Frischen“ sowie die Couplets „Ja der Storch, das ist ein Biß“ und „Frischen steck den Regen ein“ beim Publikum freundliche Beachtung. Nach dem reichen Beifall zu schließen, den Jettels neue Operette fand, dürfte „Die Postmeisterin“ noch für längere Zeit den Spielplan unseres Stadttheaters behaupten.

Verlegene Druckchriften.

Julius Dentzig, „Aus Österreichs Revolution“. Militärpolitische Erinnerungen. 148 Seiten. Preis 160.— R. (16.— Mk., 16.— Kr.) und Fortmühenzuschlag. Verlag Wiener Volksbuchhandlung, Wien IV., Wapenborststraße 18. Der frühere Staatssekretär für Heereswesen erzählt seine Eindrücke aus der letzten Zeit des Krieges, während der darauffolgenden Zusammenbruchs und der ersten zwei Jahre der Republik Deutschösterreich. In den letzten Kriegsmomenten, die er als ein dem Kriegs-

ministerium zugehöriger Offizier in Wien verbrachte, fand Deutsch an der Spitze einer geheimen Militärorganisation zur Abwehr eines der Arbeiterschaft drohenden Verweigerungsstreikes der militärischen Macht. Der Zusammenbruch des Habsburger Reiches macht ihn zum Staatssekretär. Deutsch kämpft für eine ruhige Entwicklung der Republik. In aufregungsreichen Momenten gelingt es schließlich, den Bürgerkrieg zu vermeiden und das immer von neuem hereinzubrechen drohende Chaos zu verhindern. Gegen rechts wie gegen links, gegen eine monarchistische Restauration wie gegen eine kommunistische Diktatur geht viele Monate der Kampf, bis es schließlich gelingt, die Gefahren zu bannen. Nach einer zweijährigen Tätigkeit als Leiter des Heeres wicrens scheidet der Staatssekretär mit den anderen Sozialdemokraten aus der Regierung, deren mühevollen Arbeit in seinem Buche anschaulich geschildert wird. Es ist die erste zusammenfassende Darstellung der österreicherischen Revolutionszeit.

Die Meggendorfer Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

Vierteljähr. 13 Nummern M. 15.60
beim Postamt oder vom Verlag.
Die einzelne Nummer kostet M. 1.25.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur Mark 2.— kostet. Gegen weitere 80 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen.

An unsere Abonnenten!

Als zum 24. eines jeden Monats müssen unsere Boten laut Tarifvertrag abgerechnet haben. Wir bitten daher unsere verehrlichen Abonnenten, den Bezugspreis für den Monat Juli für die Einstellung bereit zu legen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

Bekanntmachung.

1. Damenjahr gefunden. (4192) Ologinr. 7.

Simerbier
Dienstags von 4—6 Uhr.
(4188) Hermann Stamer.

Deutscher Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.

Verjammung
sämtlicher Betriebsräte, Ob- und Vertrauensleute des Holzarbeiterverbandes
am Dienstag, d. 19. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. (4178) Alle Betriebe müssen vertreten sein, keiner darf fehlen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.
(4162)

Kindertheim Villa Eichbaum
(4174) In Harzburg.
Anmeldung a. d. Jugendamt.

Chaifel, Sofa i. D., bibl. i. bil. z. verk. Unterr. 58 II. r.

Dam- u. Herr-Rad bill. (4189)
Fahrradhdl. Elberbrook 2.

Gute und billige Damen-Fahrräder. Fahrradhandl. (4184) Watenhauer 42.

Blauer Anzugstoff z. verk. (4178) Moisl. Allee 106.

Hausstands Lumpen, Papier, Knochen usw. Laut zu den höchsten Tagespreisen (4172)

Cohn,
Hafenstr. 53, Keller.

Brennholz
trocken, Kleingehacktes, fertig zum Laden.
(4173) Moisl. Allee 106.

Die Scheidungsreise.
Morgen Dienstag, 8 Uhr.
Gastspiel Edgar Pauly.
D. verschwundene Pauline

Saison-Ausverkauf

von Montag, den 18. Juli bis Sonnabend, den 30. Juli

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion
Manufaktur-, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Tricotagen

Albert Meincke Ecke
Königsstr. Nr. 108 (4185)

Beachten Sie bitte die auffallend billigen Preise in meinen 6 Schaufenstern.

Neu erschienen:

Das Kind
Seine Erziehung und Pflege
Preis 1.— M.

Fr. Meyer & Co., Lübeck
Johannisstr. 46.

Privatdruckfachen

gewinnen in der heftigen Zeit immer mehr an Bedeutung.

Glückwunschkarten
Hochzeitseinladungen
Verlobungsanzeigen
Danklagungen
Visites

fertigen wir in kürzester Zeit geschmackvoll zu angemessenen Preisen an

Lübecker Volksbote
In Meyer & Co. Johannisstr. 46
Besuchzeit von 8—6 Uhr

Betriebsräte-Zentrale
A. O. G. B.-AFA. Lübeck.

General-Versammlung
am Mittwoch, den 20. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: 1. Das Erwerbslosenproblem und die 10 Punkte des A. O. G. B. (4187)
2. Erledigung von Anträgen.

Das Erscheinen aller B.-R. und B.-D. (Bauabteilungen) ist unbedingt notwendig. Verbandsbuch und Ausweis müssen vorgezeigt werden. Ohne diese kein Zutritt. Zu Beginn der Versammlung erhalten die B.-R. ihre Stimmliste und Stimmscheit, also nochmals Ausweis und Verbandsbuch nicht vergessen.
Die Betriebsrätezentrale.

Kolosseum.
Jeden Dienstag und Freitag

Garten-Konzert

unter Leitung d. Herrn Kapellmstr. Rob. Sulanke, und unter Mitwirkung von Fr. Friedel Höpfner (Santitheater) und Herrn Hermann Schottke (Tenor, Lübecker Stadttheater).

Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Kolosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelfarie Mk. 2.—, Dugendkarten Mk. 20.— auschl. Steuer. Bei ungünstiger Witterung im Saal.

Beginn 7 1/2 Uhr. (4171)

Zentralhallen
Morgen Dienstag: (4190)
Gr. Tanzkränzchen.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die am Dienstag, dem 19. Juli, fällige Mitgliederversammlung ausfällt, dieselbe findet am folgenden Dienstag, dem 26. Juli, statt. (4188)

Chorverein Lübeck.
General-Versammlung
am Mittwoch, 20. Juli, abends 8 Uhr.
im Lokale Friedr. Lender, Gundestraße 41.

Konzerthaus Lübeck.
Für Sommerfeste sind der große Garten u. Säle noch an einigen Sonn- u. Wochentagen frei.
Tel. 408.
(4175) H. Cyriacks.

Hansa-Theater
Heute Montag: (4177)
8 Uhr.
Boitstümliche Vorstellung zu halben Preisen.

Stadttheater Lübeck.
Auf 7 1/2. Dienstag, 19. Juli: Deutsche Uraufführung. Die Seele schwinget sich.
Auf 7 1/2. Mittwoch, 20. Juli: Bar und Zimmermann.
Auf 7 1/2. Mittwoch, 20. Juli: Kammermusik. (4191)
Der lächelnde Knabe.
Auf 7 1/2. Freitag, 22. Juli: Die Postmeisterin.

Die bisher noch nicht abgeholten Abonnementskarten können vormittags von 10—11 Uhr an der Theaterkasse in Empfang genommen werden.